

Aalener Jahrbuch

2006-08

Themenschwerpunkt:
Aalen in der Zeit
des Nationalsozialismus
1934 – 1939

Geschichts- und
Altertumsverein Aalen e.V.
Bearbeitet von Roland Schurig

„Dem deutschen Volk zur endgültigen Freiheit“

Der Ausbau der NS-Herrschaft in Aalen im Jahr 1934

Der Ausgangspunkt

Am 17. Februar 1934 erteilte die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung in Stuttgart Oberbürgermeister Friedrich Schwarz die Genehmigung, seine Amtsgeschäfte „krankheitshalber“ auf unbestimmte Zeit niederlegen zu können. Wenige Tage später ernannte die NS-Fraktion des Aalener Gemeinderats ihren Vorsitzenden Karl Barth „bis auf weiteres“ zum Amtsverweser.¹ Der Brauereibesitzer war bereits Ortsgruppenleiter der NSDAP und Kreisbauernführer. Wie er betätigten sich auch andere Fraktionsmitglieder zu diesem Zeitpunkt schon seit längerem als Funktionäre innerhalb der Parteiformationen und/oder als sogenannte „Amtswalter“ der NS-Kreisleitung.

Der Aalener Verwaltungschef hatte sich seit dem Frühjahr 1933 der zunehmenden Ideologisierung der Kommunalpolitik durch die Nationalsozialisten entgegengestellt. War es ihm zu Beginn der „Gleichschaltungsphase“ immer wieder gelungen, diese Bestrebungen mit taktischem Geschick zu unterlaufen, so gab es Anfang 1934 keinerlei Spielraum mehr. „Die Stadt sind [jetzt] wir und nicht Sie Herr Oberbürgermeister!“, hatte ihm der SA-Sturmbannführer und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Fridolin Schmid in der ersten Sitzung des Jahres 1934 entgegen gehalten – und damit die Machtverhältnisse treffend umrisse.

Als Repräsentant der „alten Zeit“, der durchaus auf Formen und Haltung Wert legte, hatte Friedrich Schwarz daraufhin nicht einfach „alles hinge lassen“, sondern seinen Posten zur Verfügung gestellt. Der Kontrast zwischen diesem auf demonstrative Eigenständigkeit bedachten Schritt und dem polternden Triumph der NS-Gemeinderatsfraktion konnte nicht deutlicher ausfallen. Freilich hatten die Vertreter der „neuen Zeit“ für Formalien dieser Art nichts übrig. Für sie zählte das Ergebnis: durch den Sturz des Oberbürgermeisters war der letzte demokratisch legitimierte Amtsinhaber in Aalen beseitigt und das Rathaus erobert.

Das nun anbrechende Kapitel der Stadtgeschichte hebt sich auf Grund einiger Besonderheiten von früheren Zeitabschnitten deutlich ab.

Als erstes Kennzeichen ist der ideologisch begründete Wandel im Selbstverständnis der NS-Gemeinderäte zu nennen. „Darüber zu wachen, dass unserm Staate, den wir schufen, nichts passiert [...]“² betrachteten sie ab Februar 1934 als zentrale Aufgabe. Konkret bedeutete dies, dass die „Staatswächter“ im Gemeinderat kaum noch kommunalpolitische Entscheidungen im Sinne der Stadt und ihrer Bewohner trafen. Ihrer Auffassung nach hatten die Partefunktionäre im deformierten Stadtparlament vor allem dafür zu sorgen, dass die Direktiven von übergeordneter Stelle zur Festigung des noch jungen NS-Staates umgesetzt oder zumindest tatkräftig unterstützt wurden.

Ortsgruppenleiter Karl Barth übernahm am 22. Februar 1934 „bis auf weiteres“ die Leitung der Stadtverwaltung Aalen.



Reichstagssitzung am 30. Januar 1934: Mit der Verabschiedung des Gesetzes über den „Neuaufbau des Reiches“ übernahm Adolf Hitler (vorne rechts) formell die totale Herrschaft über Deutschland. Die Volksvertretungen der Länder wurden aufgelöst, die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen und ihre Regierungen der Reichsregierung unterstellt.

Ein weiteres Kennzeichen der neuen Zeit ist der ab Frühjahr 1934 beständig ausgeweitete Geltungsanspruch der NSDAP. Propagandistisch verbrämt mit dem Schlagwort der „Volksgemeinschaft“ erfuhren auch die Menschen in Aalen, wie nach und nach fast alle Lebensbereiche dem Zugriff von Partei und NS-Staat unterworfen wurden. Viele von ihnen übersahen diese Entwicklung in der weit verbreiteten Aufbruchsstimmung oder empfanden sie gar nicht als allzu negativ. Andere wiederum begrüßten die Beseitigung der „liberalistischen Zustände“ ausdrücklich.

Die wesentliche Grundlage hierfür bildete das enge Zusammenspiel zwischen den staatlichen Behörden in Aalen und der NSDAP bzw. ihrer Gliederungen in Gestalt der NS-Kreisleitung. Hierzu passt wiederum die Perspektive, mit der die Maßnahmen geplant und umgesetzt wurden. Sie orientierte sich vorrangig am Raum und nicht am einzelnen Dorf oder der jeweiligen Stadt. Für die konsequent vorangetriebene Veränderung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung im Sinne des NS-Staates waren keine lokalen Varianten vorgesehen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund muss das neue Kapitel der Stadtgeschichte einen erweiterten Betrachtungswinkel beanspruchen. Um den Verlauf der vielschichtigen und komplexen Entwicklungen um und in Aalen während des Jahres 1934 mit seinen Folgen für die hier lebenden Menschen nachzeichnen zu können ist ein Blick über die damaligen Stadtgrenzen hinaus notwendig. Bereits am Beispiel der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnamen wird dann erkennbar wie die NSDAP als verlängerter Arm des „Führers“ mehr und mehr in das städtische Leben eingriff und der NS-Staat immer deutlichere Konturen annahm.



Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit

Am 15. März 1934 veröffentlichte das Arbeitsamt Aalen eine bemerkenswerte Meldung zur jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung in seinem Zuständigkeitsbereich. Wie der Leiter der Behörde, Regierungsrat Müller, in der Kocherzeitung mitteilte, hatte in den Oberämtern Aalen, Ellwangen und Neresheim das Angebot der Arbeitsmöglichkeiten im Baugewerbe und bei den Notstandsarbeiten seit Beginn des Monats mit solchem Tempo zugenommen, dass „alle arbeitsfähigen Handarbeiter im Bezirk restlos untergebracht sind und nur noch für Außenarbeiten nicht geeignete Personen, meist Erwerbsbeschränkte, ältere Leute, stellenlose Kaufleute und weibliche Arbeitslose in Unterstützung stehen“.³

Um die Notstandsarbeiten in den Landorten überhaupt abschließen zu können, habe man – so der Arbeitsamtsdirektor weiter – bereits über 400 Arbeitslose aus den Bezirken Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim angefordert. Miteingerechnet hatte er in diese Zahl auch 280 Personen, die als Landhelfer auf Bauernhöfen arbeiteten.

Statistisch gesehen, war damit nach kurzer Zeit der drastische Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Dezember 1933 auf über 1700 Personen wieder aufgefangen. Anhaltende Schneefälle und frostige Temperaturen hatten für eine Unterbrechung von einigen Wochen auf den Baustellen gesorgt. Zahlreiche Kommunalverwaltungen im Zuständigkeitsbereich des Arbeitsamtes Aalen, die im Zuge der beiden Gesetze zur „Verringerung der Arbeitslosigkeit“ vom Juni und September 1933 Träger von Notstandsarbeiten geworden waren, konnten nun wieder erleichtert aufatmen. Die spürbare Entlastung ihrer Sozialtats durch die „wertschaffende Arbeitslosenunterstützung“ war nicht nur eine kurze Episode geblieben. Bereits Anfang Februar 1934 konnten 41 Maßnahmen wieder aufgenommen und somit 1030 Personen zum Einsatz gebracht werden.

Eine noch bessere Nachricht

Wie das Arbeitsamt auch mitteilte, fanden zudem immer mehr Arbeitslose im Bezirk Aalen einen Arbeitsplatz in ihrem erlernten Beruf. Vor allem aber sorgte die anspringende Konjunktur im Baubereich für einen Anstieg der dauerhaften Beschäftigungsverhältnisse, was sich wiederum gesamtwirtschaftlich belebend auszuwirken versprach. Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung ist sich heute einig darüber, dass diese Fortschritte nicht allein der Erfolg der staatlichen Beschäftigungspolitik waren. Vielmehr gründete der Aufschwung auf relativ günstigen Ausgangsbedingungen im Reich sowie auf den Auswirkungen der Wiederbelebung der Weltwirtschaft.



Werbeanzeige für den Kauf von „Arbeitsbeschaffungslosen“, 1934.



Ab 1930 war das Arbeitsamt im Gebäude „Verlängerte Schulstraße 3“ (siehe Pfeil) untergebracht.

Wenn auch der Leiter der Arbeitsvermittlungsbehörde in Aalen diese komplexen Zusammenhänge zum damaligen Zeitpunkt nicht überblicken konnte, so registrierte er doch die positive Dynamik, die sich hieraus für seinen Zuständigkeitsbereich ergab. Die Zahlen bestätigten, dass die angewandten Maßnahmen der Reichsregierung richtig waren und gaben Anlass für eine mehr als positive Prognose. So zeigte sich Regierungsrat Müller nicht nur überzeugt, dass „die Arbeitsschlacht im Arbeitsamtsbezirk Aalen bis zum 21. März schon gewonnen“ sei und es nur noch darum gehen könne, „den großen Erfolg auf Dauer zu halten“. Setzte sich der deutlich abzeichnende Trend fort, dann würde auch bald „der letzte Arbeiter aus vollem dankbaren Herzen rufen: Heil Hitler, Heil Deutschland“.

Im Gleichklang mit der NSDAP

Von den nüchternen Zahlenreihen, auf die sich das Aalener Arbeitsamt bisher in seinen Berichten beschränkt hatte, hob sich diese Euphorie deutlich ab. In ihrer Tendenz passte sie zu einem Aufruf, der am 10. März in der Kocherzeitung erschienen und „An die Herren Arbeitgeber“, gerichtet war. Darin schrieben die Unterzeichner, Direktor Müller und Kreisleiter Kling, die jüngste „Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft der nationalsozialistischen Bewegung und ihrem Führer“ zu und verwiesen darauf, dass Kanzler und Reichsregierung im Gegenzug erwarteten, „dass der letzte alte Kämpfer der Bewegung noch vor Ostern in Arbeit und Brot gebracht werde“. Nachdem man auf diesem Wege bereits 35 Angehörige der Wehrverbände und der Partei untergebracht hatte, suchten jetzt noch 14 weitere „alte Kämpfer“ einen Arbeitsplatz. Bemerkenswert ist dabei, dass nur 2 Männer

über 50 und 1 Mann über 30 Jahre alt waren. Die übrigen zählten zu den Jahrgängen 1906-1915. Mit forderndem Unterton gegenüber den Adressaten zeigten sich die Verfasser überzeugt, dass eine Arbeitsplatzbeschaffung für diese 19-28jährigen Parteigenossen vor allem dann möglich sei, „wenn alle Arbeitgeber, insbesondere die größeren Betriebe, selbst wenn's ein Opfer kostet, ihre volle Pflicht erfüllen und alsbald dem Arbeitsamt mitteilen, für welchen alten Kämpfer bei ihnen ein Arbeitsplatz freigemacht werden kann“⁴.

Nicht nur der anmaßende Ton lässt aufhorchen. Durch seine Unterschrift bestätigte der Leiter des Aalener Arbeitsamtes vielmehr auch, dass für die Gefolgsleute der NSDAP andere Richtlinien galten, als für die Arbeitslosen ohne Parteibindung. Soweit diese jünger als 25 Jahre waren, sollte für sie nur eine Unterbringung im Arbeitsdienst oder in der Landhilfe in Frage kommen. Parteimitglieder jenseits dieser Altersgrenze waren dagegen in den Betrieben erwünscht, um hier die jeweilige nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (N.S.B.O.) zu stärken.

Bereits im Oktober 1933 hatten NSDAP und Arbeitsverwaltung diese Vereinbarungen abgestimmt. Allerdings muss offen bleiben, ob sich sechs Monate später noch jemand an die Pressemeldung erinnerte. Wer dies allerdings konnte, hatte eine plausible Erklärung für den plötzlichen Gleichklang zwischen den verstärkt einsetzenden Hymnen der örtlichen Parteivertreter auf die wirtschaftspolitische Weitsicht des „Führers“ und den Äußerungen des Arbeitamtchefs.



Im November 1933 informierte die Aalener Lokalpresse ihre Leser über den „Umfang der Arbeitsschlacht“. Reichsmittel in Höhe von 3,5 Milliarden Reichsmark sollten auf verschiedenen Wirtschaftsbereiche verteilt werden.

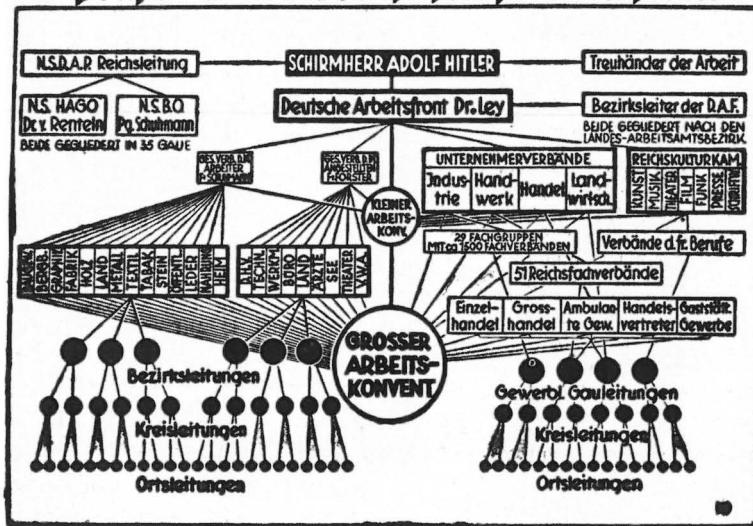
Verteilung der Rollen

Die Regionalkonferenz, die bezeichnenderweise ohne Vertreter der Kommunalverwaltung am 10. Oktober 1933 im Aalener Rathaus stattgefunden hatte, war hochrangig besetzt. Neben dem stellvertretenden Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland, Direktor Burkhardt, Landeskommissar Nickles und Referent Holz vom Landesarbeitsamt nahmen die Direktoren der Arbeitsämter Aalen und Heidenheim, Müller und Dr. Oberhoff, teil.

Als regionale Repräsentanten der NSDAP waren Standartenführer Schmid und Sozialreferent Wintergerst aus Aalen, der Kreisleiter der NSBO Sauerborn aus Rosenberg, Pressereferent Rudolf, als Beauftragter der Kreisleitung Ellwangen, Kreisleiter Mayer aus Neresheim mit seinem Pressereferenten sowie der Vertreter der NS-Organisation des Oberamtes Heidenheim beteiligt.

Nach der Schilderung der Arbeitsmarktlage durch die Vertreter der Fachbehörde erläuterte Kommissar Nickles den Grund des Treffens. „Alle Organisationen der NSDAP sollen im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit in vorderster Linie stehen und überall aufklärend wirken in Zusammenarbeit mit allen staatlichen Behörden, insbesondere [...] mit den Arbeitsämtern. Diese sind auf diesen Gebieten die verantwortlichen und sachverständigen Organe des nationalsozialistischen Staates.“

Aufbau der deutschen Arbeitsfront



Im Januar 1934 war der erzwungene Zusammenschluss der verschiedenen Berufsverbände in der Deutschen Arbeitsfront schon weit fortgeschritten.

Der „organische Zusammenschluss der Arbeiter, Angestellten, Unternehmer und der freien Berufe sollte die neue Basis für das „Wirtschaftsleben des neuen Deutschland“ bilden.

Auch Direktor Burkhardt bestätigte, dass die Behörden einer Anweisung aus Berlin folgten, wenn sie für die zukünftige Erfüllung ihrer Aufgaben eine enge Verbindung mit den Parteiinstanzen anstrebten. Im Prinzip würde sich dadurch für die Vermittlungsbehörden in Aalen und Heidenheim nicht viel ändern. Wie bisher, sollten Notstandsarbeiten und andere Beschäftigungsmaßnahmen betreut und die Arbeitskräfte sobald als möglich auf feste Stellen vermittelt werden. Allerdings plante die Reichsregierung „wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen“, um die Arbeitslosigkeit auf Dauer zu beseitigen. Um diese umzusetzen, sei die „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den betreffenden Gliederungen der NSDAP unerlässlich“.

Im Klartext hieß das: die Kreisleitungen als Bezirksschaltstellen der Partei, die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und die Handels- und Gewerbeorganisation (NS-HAGO) hatten dafür zu sorgen, dass die Anordnungen der „Staatsorgane“ auch ausgeführt wurden.

Außerdem sollte die Partei dafür sorgen, dass „jegliche Arbeitsvermittlung möglichst durch das Arbeitsamt geschieht“, indem „zu dessen Inanspruchnahme auch die Arbeitgeber von den nationalsozialistischen Organisationen, insbesondere von den Leitern der N.S.B.O. immer wieder angehalten werden“.

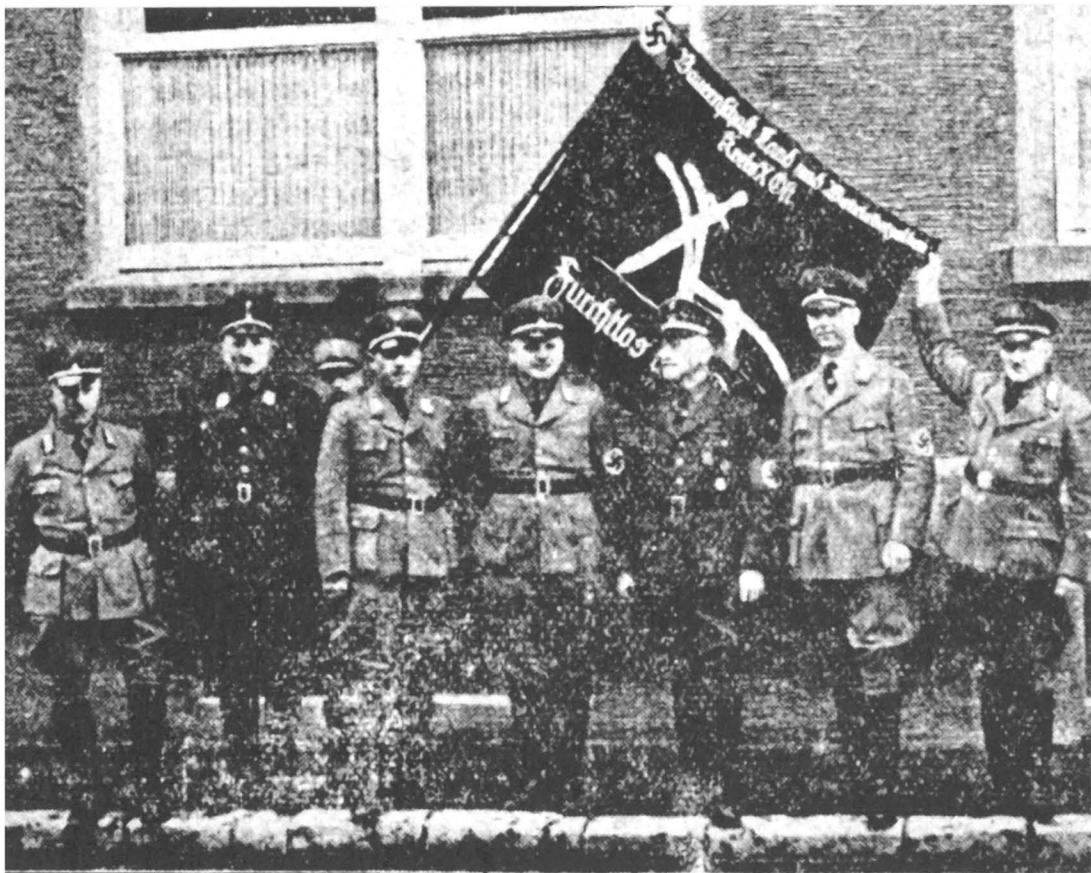
Auch wenn Kommissar Nickles in diesem Zusammenhang den Entlastungseffekt für die Arbeitsämter hervorhob und davon sprach, dass sich für sie hieraus eine Konzentration auf die Kernaufgaben „Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung“ ergeben würde, so kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass den Parteiinstanzen im Bezirk eine Wächterfunktion zugedacht war, die sie bislang noch nicht besaßen. Im Gegenzug sicherten die Vertreter der Landesarbeitsbehörde „die bevorzugte Unterbringung der Angehörigen der Wehrverbände, der kriegsbeschädigten, und Kriegsteilnehmer, der langfristig Arbeitslosen, der Kinderreichen usw. zu“. Dies entsprach ebenfalls den Vorgaben aus Berlin.

Der Festmarsch der 7000

Auf welche Inhalte sich die NSDAP und ihre Gliederungen bei der „Aufklärungsarbeit in vorderster Linie“ konzentrierten und welche Formen sie hierfür wählten, wurde im Zuge der sogenannten „Frühjahrsoffensive gegen die Arbeitslosigkeit“ deutlich, die im März 1934 anlief. Der Reichskanzler selbst wollte am 21. des Monats mit dem ersten Spatenstich am Autobahnabschnitt zwischen München und der württembergischen Landesgrenze das offizielle Startsignal für die neue Arbeitsbeschaffungsinitiative geben. Während sich die Vorbereitungen der Aalener Kreisleitung



Auf dem Weg zu großen DAF Kundgebungen in der Bohlturnhalle und im Spritzenhaus, März 1934.



Die DAF-Prominenz vor der Kundgebung:
Gaubetriebszellenobmann Schulz (Mitte), Treuhänder der Arbeit Dr. Kimmich (rechts davon) und Kreisbetriebszelleobmann Sauerborn (ganz rechts)

im wesentlichen auf diesen Termin bezogen, rief die DAF bereits am 5. März sämtliche Mitglieder des Bezirks X-Ost zu einer Großkundgebung in die Kocherstadt.⁵

Der Aktionstag unterschied sich rein äußerlich nicht von dem gewohnten Programmablauf der bisherigen Parteiveranstaltungen: Sammlung auf dem Adolf-Hitler-Platz und vor dem Güterbahnhof - Marsch mit Standarten durch die Innenstadt - Ansprachen im Spritzenhaussaal mit Lautsprecherübertragung in der Bohlturnhalle sowie anschließendes Konzert der SA-Kapelle.⁶

Neu war hingegen, dass Funktionäre der Gauebene nach Aalen gekommen waren, um den rund 6800 Aufmarschierenden die „bahnbrechenden Auswirkungen“ zu erläutern, die sich auch für die Betriebe im DAF-Kreis X Ost aus dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ ergaben. Wie Gaubetriebszellenobmann Schulz aus Stuttgart ausführte, würde ab sofort „jeder schaffende Deutsche in den Schutz des Staates genommen“. Seien bisher „Liberalismus und Marxismus die Ursache für die gewerkschaftlich organisierte Unzufriedenheit und Zerrissenheit“ gewesen, so habe der Nationalsozialismus dem ein Ende gemacht.

„An die Stelle der sozialen Gegenspieler setzt das Gesetz die Betriebsgemeinschaft. Der Unternehmer ist der Führer; die Sorge für die Arbeiter ist nationale und sozialistische Pflicht. An die Stelle des seelenlosen Arbeitsverhältnisses der Vergangenheit tritt das Treueverhältnis der Arbeitnehmer

zum Betrieb. Richtungsweiser des Denkens und Handelns der Betriebsgemeinschaft ist der Wille zum Dienst am Ganzen.“

Auch der „Treuhänder der Arbeit“ für Südwestdeutschland, Dr. Kimmich aus Karlsruhe, bestätigte die neue Rolle des Unternehmers. Er sei kein „blutsaugerisches Ungeheuer“ mehr, „der Arbeiter nur als Kostenfaktor“ betrachte, sondern gleichsam ein Arbeitskamerad mit größerer Verantwortung. Der Betriebsführer müsste die Treue gegenüber seinen Mitarbeitern halten und könne daher auch fordern, dass die Gefolgschaft ihm gegenüber die Treue wahre. Ein „Vertrauensrat“ sollte den Betriebsratersetzen und der „Betriebsgemeinschaft“, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen verpflichtet sein.

Wohl wissend, dass diese „gesinnungsmäßige Umwandlung nicht von einem Tag auf den anderen möglich sei“, habe der Führer den „Treuhänder der Arbeit“ ernannt, um „Missbräuche zu vermeiden“. Sollte es zu Schwierigkeiten in Betrieben kommen, so war ein vermittelndes - oder treffender gesagt - steuerndes Eingreifen des Treuhänders vorgesehen. Freilich sagte der Redner nicht, dass er ein weisungsgebundener Beamter des Reichsarbeitsministeriums war und seine Hauptaufgabe darin bestand, im Südwesten die Lohnfindung sowie die Regelung der Arbeitsbedingungen zu kontrollieren.

Hatte der „schützende Staat“ im Frühjahr 1933 die Gewerkschaften zerschlagen, so beseitigte das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ die Tarifvertragsordnung, die Schlichtungsordnung und das Betriebsrätegesetz. Nur eine Woche vor der Aalener Veranstaltung war ein weiteres Gesetz in Kraft getreten, das sich gegen die angebliche „Überorganisation des verbandsmäßigen Aufbaus der deutschen Wirtschaft und den dadurch bedingten Leerlauf“ richtete. Stattdessen sollte eine Gliederung der Wirtschaft in 7 Hauptgruppen (Industrie, Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen, Energiewirtschaft, Fremdenverkehr) die Durchsetzung des „nationalsozialistischen Leistungsprinzips“ gewährleisten.

Alle in Aalen bzw. im Bezirk ansässigen Betriebe hatten sich diesen Neuerungen zu unterwerfen. Wenn auch die „Reichsgruppe Industrie“ auf län-

Über 7000 Teilnehmer und 111 Fahnen wurden beim Festzug der DAF am 4. März 1934 in Aalen gezählt.



gere Sicht eine eigenständige Verbandsorganisation beibehalten konnte, so ist nicht zu übersehen, dass die von der NS-Regierung geplante Veränderung der Betriebs- und Arbeitsmarktordnung Anfang März 1934 auch die Kocherstadt erreicht hatte.

„Aufklärend wirken“

Das „Wahrzeichen der Arbeit“ am Beginn der Reichsautobahn München-Landesgrenze.



Die „Vorzüge“ der neuen Gesetzgebung herauszukehren, d.h. ihre tatsächliche Zielrichtung propagandistisch zu verschleiern, entsprach ebenso den Vereinbarungen vom Oktober 1933 wie die bereits zitierte „Adresse“, die Arbeitsamt und Kreisleitung eine Woche später an die Aalener Arbeitgeber richteten. Wenn Regierungsrat Müller wiederum fünf Tage nach der Veröffentlichung der Anzeige in seinem Frühjahrsericht feststellen konnte, dass „alle alten Kämpfer der nationalen Bewegung, die Anspruch auf bevorzugte Unterbringung haben [...] dank des Entgegenkommens zahlreicher Arbeitgeber“ einen Arbeitsplatz erhalten hatten, ist das ein treffendes Indiz für die Effektivität dieses „Zusammenwirkens“.

Wie vereinbart pflegten Partei und Arbeitsamt aber auch ihr eigenes Profil in der Öffentlichkeit. Während die Kreisleitung zusammen mit den Ortsgruppen in Aalen und Wasseralfingen für den 21. März den Empfang der Rundfunkübertragung von der Autobahnbauanstalt mit der Ansprache des Reichskanzlers vorbereitete, stellte Regierungsrat Müller die jüngste Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt vor. Wie eingangs schon gezeigt, orientierte auch er sich an diesem Termin. Ob allerdings seine Prognose, die „Arbeitsschlacht“ im Zuständigkeitsbereich des Arbeitsamtes Aalen sei ausgerechnet bis zu jenem Tag siegreich beendet, an dem der Reichskanzler den neuen „Generalangriff“ beginnen wollte, auf mangelhafte Abstimmung zurückzuführen oder eher ein weiterer Propagandakniff war, muss offen bleiben.

Allerdings fällt es schwer, angesichts der Taktung der Aktionen und Berichte an Zufall zu glauben. Etwa alle fünf Tage gab es in Aalen eine Veranstaltung oder war eine Verlautbarung zu lesen. Vom 24. bis 27. März trieben NS-Kreisleitung und NS-Hago unter dem Motto „Die Tat der Gemeinschaft dient dem Aufbau“ eine Propagandawelle im gesamten Oberamt voran. Dabei fanden zeitgleich bis zu drei Veranstaltungen in den örtlichen Sälen und Gasthäusern statt. Auch die Hauptveranstaltung, die von der NS-HAGO für den 28. März 1934 im Aalener Löwenkeller angesetzt war, fügt sich in das Zeitraster. Mit ihr war die regionale Umrahmung für das „Aufbruchsignal des Führers“ komplett. Wie die DAF bereits zu Beginn des Monats, sollte auch die Handels- und Gewerbeorganisation der NSDAP mit ihrer Versammlung im Saal des Partelokals „aufklärend wirken“.



Autobahnbaustelle bei Unterhaching, 21.3.1934:
Mit der reichsweit übertragenen Rede eröffnete Reichskanzler Adolf Hitler die „neue Arbeitsschlacht“ gegen die Arbeitslosigkeit.

Wirtschaftliche Umwälzung des Denkens

Nach dem Einmarsch der Innungen unter den Klängen der SA-Kapelle und der Begrüßung von Ortsgruppenleiter Karl Barth, erläuterte Parteigenosse Klerings, Gaugeschäftsführer der NS-Hago aus Stuttgart, zunächst die „Be deutung der Kundgebung“. Sie sollte verdeutlichen, wie „wirtschaftlich falsches Denken Volk und Wirtschaft an den Rand des Untergang geführt“ und die NS-Bewegung diesem ein Ende bereite habe. Ohne Umschweife forderte der Redner die unumgehbar „Ausmerzung allen liberalistischen Denkens und Strebens“. Damit diese „langfristige Erziehungsarbeit“ gelingen könne, habe sie die Reichsregierung durch das „Machtmittel der Gesetzgebung“ ergänzt. Neben dem bereits verabschiedeten „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ würde bald das „Gesetz zum Aufbau des deutschen Handels“ als Instrument zur Verfügung stehen.

Klerings erging sich jedoch nicht nur in allgemeinen Betrachtungen, sondern konfrontierte sein Publikum mit konkreten Forderungen. Dabei hatte er vor allem die freie Preisgestaltung der Gewerbebetriebe im Visier, die sich ab sofort für „jeden Handwerker verbieten würde“. Gegen Unterbietungen der staatlichen Vorgaben sollte der Innungsmeister einschreiten. Für die Abstrafung der Verstöße war laut Arbeitsordnungsgesetz ein „Ehrengericht“ zuständig. Ebenso scharf verurteilte Klerings „unberechtigte Preiserhöhungen in Form von Arbeitsgemeinschaften“, da „dadurch die Amortisation der staatlichen Mittel zur Arbeitsbeschaffung“ gefährdet würden. Die Folge hiervon wären unvermeidliche Steuererhöhungen.

Vorbereitungen für die
Frühjahrspropaganda im
Bereich Handel und
Gewerbe.

Aufruf!

Im Rahmen der dritten Welle der Arbeitschlacht beginnt
am Freitag, den 23. März 1934 die Frühjahrs-Propaganda der
NS-Hago, die im ganzen Deutschen Reich unter dem Motto:

„Die Tat der Gemeinschaft dient
dem Aufbau“

durchgeführt wird.

Wir fordern hiermit unsere Mitglieder auf, ihrerseits durch
eine zeitgemäße, anständige Aufmachung ihres Geschäfts, kor-
rektes Auftreten und vorbildliche Bedienung der Kundenschaft,
alles erdenkliche zu tun. — Die Geschäfte, die Läden, die Schau-
fenster sind zu schmücken. Plakate „Die Tat der Gemeinschaft
dient dem Aufbau“ werden wir noch zur Verteilung bringen.

Innerhalb 14 Tagen haben die Käufer die Möglichkeit, durch
Ausfüllung eines Fragebogens, der jeder Familie zugestellt
wird, auch ihrerseits die Bereitschaft zur Gemeinschaftsarbeit
zu bekunden.

Heil Hitler! NS.-Hago-Kreisamtsleitung Aalen.

Man kann davon ausgehen, dass eine ganze Reihe von Gewerbetrei-
benden im Saal diese Botschaft wohl verstand und entschlossen war, ihr
bisheriges Geschäftsgebaren anzupassen, um weitere finanzielle Belas-
tungen zu vermeiden. Ganz offensichtlich rechnete Klerings jedoch mit
größeren Vorbehalten des Publikums gegenüber dem Zwangscharakter des
neuen wirtschaftspolitischen Kurses. Ansonsten hätte er wohl kaum auf
den schmalen Grat verwiesen, auf dem für Handel und Gewerbe der Weg
in „eine wirtschaftlich gesicherten Zukunft“ verlief.

„Der Handwerksmeister muss wieder der Meister des Werkes seiner Hand
werden, dass er der Gefahr der Industrialisierung entgeht. Das deutsche
Handwerk liegt dem Führer ganz besonders am Herzen, es gilt, sich dieses
Vertrauens würdig zu erweisen.“ Schließlich habe „das Handwerk dem
Nationalsozialismus sein Dasein zu verdanken, der es vor dem Bolsche-
wismus errettet hat“.

Wollte man also der doppelt heraufbeschworenen Gefahr der Enteignung
bzw. des sozialen Abstiegs vom Selbständigen zum Fabrikarbeiter entge-
hen, so war dies nur durch das Wohlwollen Hitlers bzw. den „Schutz der
Bewegung“ zu erreichen. Beides hing aber nicht nur von der Frage ab, ob
„man sich am Aufbau beteiligte“, sondern auch mit welchem Einsatz dies
geschah. Denn die Bewegung, schloss Klerings, baue nicht „für heute und
für Morgen, sondern für Tausende von Jahren“ und kämpfe „für die Jugend
und die deutsche Zukunft“.

Leistungsfähigkeit beweisen

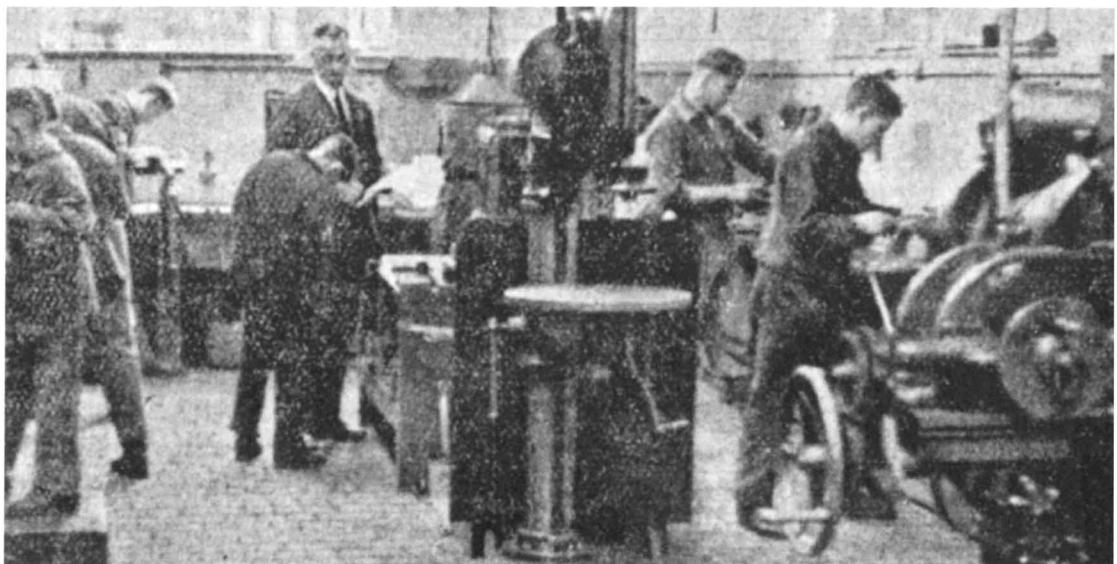
Dass auch die Aalener Lehrlinge - gleichsam im Gegenzug - dem „Führer“ ihre Dankbarkeit bekunden sollten, hatten sie bereits am Abend des 27. März am selben Ort erfahren. Vom 9. bis 15. April 1934 planten Reichsjugendführung und DAF erstmals einen „Reichsberufswettkampf aufzuziehen“, um „einen Überblick über den Stand der heutigen beruflichen Leistung der Jugend zu erhalten“ und dem einzelnen „den Wert der Berufsleistung“ vor Augen zu führen. Wie HJ-Bannführer K.J. Müller bei der Auf-taktveranstaltung im Löwenkeller verkündete, sollte jeder Teilnehmer durch gutes Abschneiden seinen „Willen zur Pflichterfüllung“ dokumentieren und dadurch Hitler seinen Einsatz für die Jugend danken. Nicht „Strebertum“, sondern „Fähigkeit zur Leistung“ seien gefordert.

Als ob es noch eines weiteren Beleges bedurfte, um die Doppelbödigkeit des „Aufklärungsauftrags“ zu verdeutlichen, den die Aalener Partei-gliederungen erfüllten, umriss der Referent des NS-Gau-Sozialamtes Win-ter in seiner Ansprache die arbeits- und sozialpolitischen Zielsetzungen er Regierungen mit drastischen Worten.

„Wer nicht sein Allerbester leistet ist ein Verräter am Volk. Die Arbeit hat nicht als erstes die Aufgabe, den einzelnen zum Glück zu führen, sondern muss dem Volksganzen dienen. Ziel ist es: innenpolitisch zu zeigen, dass die Jugend auf ihrem Posten steht, außenpolitisch, dass eine junge deut-sche Armee dasteht, die kämpft für Arbeit, Friede und Brot!“⁷

Nüchtern und ohne die ideologischen Phrasen betrachtet, mit denen Winter und Müller ihre Ausführungen untermauerten, sollte der fortan jährlich angesetzte Wettbewerb in der Hauptsache einem Zweck dienen: der Leistungs- und Produktivitätssteigerung zugunsten des NS-Staates.

*Lehrlinge der
Fa. Ostertag beim
Reichsberufswettkampf
1934.*



„Man sieht, dass etwas geschieht!“

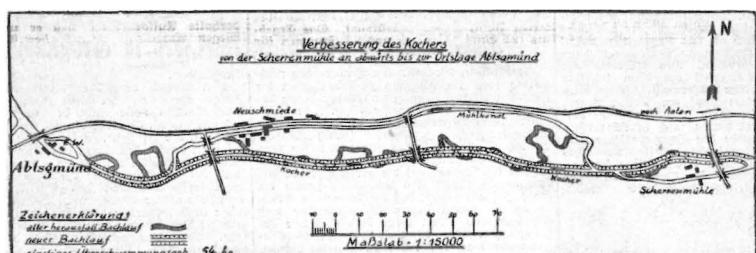
Wieviele Menschen sich in Aalen und der Region von der Propagandaoffensive der NSDAP und ihrer Gliederungen im März 1934 mitreißen ließen, muss offen bleiben. Ebenso wenig sind unmittelbare Reaktionen oder gar Gegenstimmen überliefert. Durchaus feststellbar ist dagegen, dass eine Veränderung zum Positiven im Bezirk des Arbeitsamtes Aalen wahrgenommen wurde. An allen Ecken sah man Veränderungen, entstand Neues im unmittelbaren Lebensbereich, was Vielen Anlass zu Hoffnung gab. Selbst die katholisch orientierte „Aalener Volkszeitung“, die ihre distanzierte Haltung zum NS-Regime bis zu ihrem Verbot Ende Juni 1935 nicht aufgab, vermerkte, „dass jeder, auch der hartgesottenste Nörgler, zugeben muss, dass etwas „geschieht“. ⁸ Vereinbarungsgemäß setzte die Arbeitsbehörde in Aalen ihre Beschäftigungsmaßnahmen fort. Mitte April 1934 waren ca. 1300 Notstandarbeiter bei 50 Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich eingesetzt. Die Gesamtkosten für diese „wertschaffenden Tätigkeiten“ beliefen sich auf nahezu 2 Millionen Reichsmark. Für die rund 250.000 Tagwerke steuerte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung insgesamt 725.000 Reichsmark als nicht rückzahlbaren Zuschuss bei.

Während in der Nähe von Oberkochen bereits über 200 Männer bei der Verlegung der neuen Stahlröhren für die Landeswasserversorgung arbeiteten, sollten ab 15. Mai weitere 180 Arbeiter mit dem Aushub für den Bau der Staatstraße zwischen Baiershofen und Lauchheim beginnen.

In Pommertsweiler waren fast 90 in Bühlerzell 70 Notstandarbeiter mit Meliorationen, d.h. Entwässerungsarbeiten beschäftigt. Für den Bau des Hauptkanals zwischen der Weidenfelderstraße und der „Nudelfabrik“, der von der Stadt Aalen als Notstandsarbeit angemeldet worden war, hatte man sich alle zwei Wochen eine Strecke von 50 m vorgenommen. In Oberdorf und Bühler kam die „Verbesserung“, d.h. Begradiung von Sechta und Bühler gut voran.

Die „längste Baustelle“ im Arbeitsamtsbezirk Aalen befand sich zwischen Wasseralfingen und Abtsgmünd. Auf einer Strecke von ca. 8 Kilometern

Plan für den neuen Kocherverlauf zwischen Scherrenmühle und Abtsgmünd.





(Luftlinie) sollte hier nach den Plänen des Kulturbauamtes Aalen, der „Kocherlauf in zügiger Linienführung neu gelegt werden“⁹. Es lohnt sich, auf dieses Projekt näher einzugehen. Nicht nur, weil die Großbaustelle für die „kleine Welt“ in und um Aalen schlichtweg ein Ereignis war, ein Ziel für den Sonntagsspaziergang, wie es keines mehr seit dem Bau der Eisenbahn vor 70 Jahren gegeben hatte. Sondern weil neben der Wirkung auf die Bevölkerung auch erkennbar wird, wie zielfestig das Arbeitsamt das Instrumentarium der Beschäftigungsmaßnahmen nutzte, um als „sachverständiges Organ des NS-Staates“ die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben umzusetzen.

Regulierung des Kochers

Die Arbeiten an den drei Teilabschnitten des Flusses waren im Frühjahr 1934 unterschiedlich weit fortgeschritten.

Während das baufällige Wehr bei der Heimatsmühle bereits im Vorjahr ausgetauscht worden war, standen die Arbeiten am sogenannten Schulsteg kurz vor dem Abschluss. Er wurde in der Hauptsache von den Schülern aus Brausenried benutzt, die nach Hofen zum Unterricht gingen. Ein Eisenbetonsteg sollte bald die alte und für die Kinder nicht ungefährliche Holzkonstruktion bei der Heimatsmühle ersetzen. Unterhalb dieser neuen Überführung befand sich das stark veränderte Kocherbett mit einer Tiefe unter Gelände von 2,50 m. Die Sohle war 5 bis 8 m, der obere Rand des Flussbettes bei einem Böschungsverhältnis von 1:2 auf 15 bis 18 m verbreitert worden. Die dadurch erreichte Abfuhrmenge von 50 bis 60 cbm Wasser in der Sekunde, schien für normale Hochwassergefahren ausreichend.

Blick auf das alte Kocherbett zwischen Hüttlinger Höhe und Wasseralfingen, Winter 1933/34.

Arbeitsmänner der
Abteilung Abtsgmünd bei
Aushubarbeiten für den
neuen Flusslauf.



Um ganz sicher zu gehen, dass die bisher jährlichen Überschwemmungen keinen Schaden mehr anrichten konnten, hatte das Kulturbauamt für das Kocherbett in Hüttingen eine Sohlbreite von 8 m und eine obere Breite von 20 m geplant. Wegen großer Finanzierungsschwierigkeiten musste der Baubeginn jedoch immer wieder verschoben werden. Dies hatte zur Folge, dass die Arbeiten auf Hüttinger Markung erst 7 Monate nach dem Baubeginn im Teilabschnitt Fachsenfeld-Abtsgmünd einzusetzen. Den Zuschlag erhielten ausnahmslos Baufirmen aus Stuttgart und Heilbronn.¹⁰ Auch wenn ein Einsatz von 200 - 300 Notstandsarbeitern geplant war, spielte neben dem günstigeren Angebot bei der Vergabe vor allem die technische Ausstattung dieser Großbetriebe eine wesentliche Rolle.

Wie auf der Baustelle bei Abtsgmünd deutlich zu erkennen war, konnten Großprojekte wie die Kocherregulierung nur mit starkem Maschinen-einsatz in dem vorgegebenen Zeitrahmen ausgeführt werden. Der Berichterstatter der Aalener Volkszeitung fühlte sich an einen Rangierbahnhof erinnert, als er Ende Juni 1934 über den Baufortschritt berichtete. „Mit Maschinen werden die Rollwagen hin und her geschoben und gezogen. Jede Firma hat deren 283, eine fährt sogar mit Dampflokomotiven.“¹¹

Die Loren beförderten das aus dem neuen Bachbett ausgehobene Erdreich zu den Krümmungen des alten Kocherverlaufs, die damit verfüllt wurden. Auf die gleiche Art und Weise verschwanden auch andere Vertiefungen, so dass ein ebenes, 54 Hektar großes Wiesengelände entstand, das eine „planmäßige Bewirtschaftung mit Maschinen“ erlaube sollte und weitere Vorteile bot. „Es besteht nicht mehr die Gefahr, dass der ausgebrachte Dünger durch die Hochwasser abgeschwemmt wird. Außerdem kann das gemähte Gras jetzt am Platz getrocknet werden, während man es früher [wegen der Nässe] des öfteren aus den Wiesen herausbefördern und an höher gelegene Plätze zum Trocknen tragen musste.“¹²

Trockenere Wiesen verminderten auch das Risiko der Blutegelseuche beim Vieh. Ebenso begrüßten viele Bauern zwischen Abtsgmünd und Wasseraulingen die Beseitigung der alten Uferbepflanzung. Bäume und Gebüsche entlang der Kocherschleifen nahmen ihrer Meinung „doch ziemlich viel Land weg, das sonst nützlicheren Zwecken hätte dienen können“¹³. Der Anblick des neuen Kochers war allerdings noch wenig attraktiv. In ein neues Bett gezwängt, sah er aus „wie ein gerader Strich in der Landschaft“. Die 150 kanadischen Pappeln und mehrere Hundert Weißdornbüschel, die auf Betreiben der Bezirkspflegschaft des Württembergischen Amtes für Denkmalpflege gepflanzt wurden, sollten helfen, die Freunde der Heimat etwas zu besänftigen.

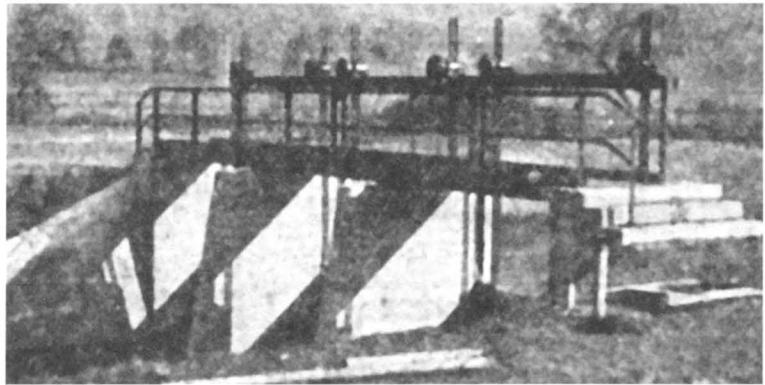
Die Bezirkspflegschaft war aber vor allem auf Hüttinger Markung noch in einer anderen Angelegenheit aktiv geworden. Während der Grabarbeiten für das neue Flussbett wurde auf Höhe der Straubenmühle der Übergang des Limes über das Kochertal entdeckt. Ein römischer Mahlstein, Waffen und ein steinerner Pinienzapfen konnten relativ unbeschädigt aus ca. 3 m Tiefe geborgen werden. Damit hatte man das bislang fehlende Teilstück im Verlauf des römischen Grenzwalls entdeckt. Die Lokalpresse war sich sicher, dass durch die „Kocherkorrektion [...] der Limesforschung ein großer Dienst erwiesen worden war“¹⁴.

Ähnlich positive Reaktionen auf das Projekt liegen von privater Seite nicht vor. Jedoch scheint die Annahme, dass insbesondere die Mühlenbesitzer mit den neuen Wehranlagen zufrieden gewesen sein dürften, nicht allzu abwegig. Die Veränderungen am Kocherverlauf werden auch die begrüßt haben, die bislang durch die jährlichen Hochwasser Schaden an Hab und Gut erlitten hatten. Allein im Bereich von Abtsgmünd verfügte der Fluss über ein Einzugsgebiet von 155 Quadratkilometern. Angesichts einer



Blick auf den „verbesserten Kocherlauf“.

Neue Schleusenanlage am Kocher zwischen Scherrenmühle und Abtsgmünd.



Niederschlagsmenge von 843 Millimeter im Jahr, Gewitterregen nicht eingerechnet, konnte sich das erweiterte Fassungsvermögen des Flussbettes nur positiv auswirken. Durch die Verringerung der Überschwemmungsgefahr und die systematische Anlage von Entwässerungsgräben rechnete das Kulturbauamt Aalen auf den Abtsgmünder Weiden mit einem Ansteigen des Heu- und Oehmdertrags von 3000 auf 5000 Kilogramm je Hektar. Die Verbesserung der Qualität sollte zu einer geschätzten Verbesserung der Einnahmen von jährlich 15.390 Reichsmark führen.¹⁵ Dass der drastische Eingriff in das Landschaftsbild die Gemüter durchaus bewegte, belegt ein Leserbrief von Freiin Olga Koenig-Fachsenfeld, in dem sie die Bevölkerung dazu aufrief, angesichts der anstehenden Verände-

Eine der letzten Aufnahmen des alten Kochertals oberhalb der Scherrenmühle aus dem Album der Freiin Olga von Koenig-Fachsenfeld.



rungen den alten Zustand des Kochertals per Fotoapparat zu dokumentieren.¹⁶ Stellvertretend für viele beklagte sie, dass der „bezaubernde Reiz der Unberührtheit von aller modernen Technik, jene stille Verträumtheit [des Kochertals], welche die Besucher von weither so entzückte“ unwiederbringlich verloren gehe. Andererseits verwies sie aber auch auf „den großen wirtschaftlichen Vorteil“ und formulierte für ebenso viele, die angesichts der um sich greifenden Aufbruchsstimmung das gleiche dachten: „Wir wollen diesen notwendigen Wandel nicht unnötig beklagen!“¹⁷

Aus Sicht der Gemeinde Hüttingen stellte sich dieser Wandel als recht günstig dar. Von den 340.000 Reichsmark, die für den 3. Abschnitt der Flusskorrektur auf der Markung veranschlagt worden waren, sollte nach Abzug der staatlichen Fördergelder und eines verlorenen Zuschusses für die Gemeindekasse eine Belastung von ca. 120.000 Reichsmark übrig bleiben. Das Ende der Tilgungsfrist war auf das Jahr 1965 festgesetzt. Die Einschätzung der Ortsverwaltung, dass „bei günstigeren Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt, das Projekt unmöglich durchführbar gewesen“ wäre, hatte durchaus ihre Berechtigung.¹⁸ Die große Mehrzahl der Notstandsarbeiter kam aus Wasseralfingen, Aalen und Unterrombach. Hüttinger und Fachsenfelder Bürger waren auf den Baustellen am Kocher kaum zu finden. Entsprechend lag die finanzielle Belastung durch die Arbeitskosten zu einem wesentlichen bei den Wohnortgemeinden - und nicht bei der Gemeinde, die langfristig gesehen aus der wertschaffenden Notstandesarbeit den größten Nutzen zog.

Schließlich sollte nicht übersehen werden, dass die Kocherregulierung auch für das Arbeitsamt Aalen ebenfalls in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung war. Die Maßnahme sorgte nicht nur in der „Problemzone Aalen“ für eine Senkung der Arbeitslosenzahlen, sondern wirkte weit über den Zuständigkeitsbereich der Behörde hinaus. Von den 270 Männern, die im Teilabschnitt Abtsgmünd im Juni 1934 als Notstandarbeiter eingesetzt waren, stammten „etwa 70 aus dem Gebiet Groß-Stuttgart“.¹⁹ Dies ließ sich genauso als Beleg für die „Entschlossenheit der Reichsregierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ herausstellen, wie die Gewährung des Fahrgeldzuschusses für die Strecke Aalen-Abtsgmünd, den Arbeitsamt und NSDAP zum „Geburtstag des Führers“ am 20. April 1934 als „nationalsozialistische Tat“ zugunsten der Notstandarbeiter eingeführt hatten.

Angesichts der Tatsache, dass die Beschäftigten mit ihren Familien trotz sehr harter Arbeit deutlich unter dem Existenzminimum lebten, war dieser Lohnzuschuss von 4 Reichsmark in der Woche ohne Zweifel gerechtfertigt. Zu bezahlen hatten den Propagandaerfolg freilich andere. So sollten die Mehrkosten zu 60% den Gemeinden zugewiesen werden, aus denen die Arbeiter stammten. 25% sollte der Kreisverband und 15% die Träger der Arbeit übernehmen.²⁰ Obwohl „keinerlei tarifmäßige Verpflichtung“ be-

stand, wollten sich auch die Unternehmer nicht dem Gedanken einer weiteren Leistungszulage verschließen - und entsprachen damit den Vorgaben von Arbeitsamt und NSDAP.

„Denn Unternehmer, die die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung nur so auffassen würden, dass diese eine Gelegenheit zur eigenen Bereicherung darstellen, haben den Geist der Zeit nicht erkannt. Sie befänden sich in Wirklichkeit in den Fußstapfen des krassesten Liberalismus, dessen Überwindung eine grundsätzliche Frage des nationalen Sozialismus darstellt.“²¹

Die Einrichtung, die dazu dienen sollte, auch die Arbeiter im Geist der neuen Zeit zu erziehen, gab es bereits in Abtsgmünd. Im Dezember 1933 war auf dem Areal der Neuschmiede ein Stammlager des (noch) freiwilligen Arbeitsdienstes eingereichtet worden.

Die hier untergebrachten 150 „Reichsarbeiter“ wurden ebenfalls für die Arbeiten am Kocher verwendet. Im Verlauf des Jahres 1934 gewannen das Lager Abtsgmünd sowie die Einrichtungen des FAD in Heubach und Walkheim für die arbeits- und sozialpolitischen Lenkungsmaßnahmen, die das Arbeitsamt Aalen auftragsgemäß in seinem Zuständigkeitsbereich durchführte, ständig an Bedeutung.

„Land unter“, hieß es am
5. Februar 1935 in
- und um Abtsgmünd.
Schneeschmelze und heftige
Regenfälle ließen die
Pegel von Kocher und Lein
drastisch ansteigen.



„Neue Gefolgsmänner für den Führer“

Als besondere Maßnahme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hatte Reichskanzler Brüning am 5.6.1931 die Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes verfügt.

Neben Verbänden und Gemeinden führten auch andere freie Träger aus dem kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereich entsprechende Maßnahmen aus, die von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bezuschusst wurden. Seit 1932 betrieb auch die NSDAP eigene Arbeitsdiensteinrichtungen.

Das Lager des „Nationalen Hilfsdienstes“, das 1932 im Schuppen des Gasthauses „Lamm“ in Heubach eingerichtet worden war, wurde von der Gemeinde betrieben. Nach dem Übergang der Einrichtung auf die Stadtgemeinde Schwäbisch Gmünd waren die „Arbeitdienstler“ zeitweise auf dem Falkenberg untergebracht.

Im Zuge der Gleichschaltung der Arbeitsdiensteinrichtungen durch den „Beauftragten des Führers für den Arbeitsdienst der NSDAP“, Konstantin Hierl, wurde wiederum Heubach als Sitz eines Stammlagers ausgewählt. Nach den Plänen des NS-Arbeitsgauvereins entstand ab Sommer 1933 ein Barackenlager an der Oberböbingerstraße, das ab Februar 1934 bezogen werden konnte. Einrichtungen wie das Lager im ehemaligen Schafhaus „Birken und Teich“ bei Irmannsweiler verschwanden dagegen im Zuge der ab Sommer 1933 vorangetriebenen Vereinheitlichung. Die „Schwäbischen Landgenossen Korntal“ hatten hinter diesem „Aufbauwerk“ gestanden, das junge Menschen auf ein Siedlerleben in Mecklenburg vorbereiten sollte. Die 32 Arbeitsfreiwilligen im Lager Ohmenheim (Gasthaus Hirsch) erwarteten im September 1933 ihre Verlegung nach Isny oder Abtsgmünd, wo die Einrichtung eines neuen Stammlagers bereits seit Juni bekannt war. Bislang hatten die Gemeinde Kössingen und das Fürstliche Forstamt Wallerstein die Maßnahme getragen. Insgesamt wurden bis Juni 1933 im Arbeitsamtsbezirk Aalen 22 Projekte im freiwilligen Arbeitsdienst zu Ende geführt. Weitere 8 waren noch im Gang.²²

Die Umbauarbeiten im Hammerwerk Neuschmiede dauerten kaum 6 Monate und wurden im wesentlichen von der Gemeinde Abtsgmünd mit einem Kostenaufwand von 30.000 Mark getragen. Im Ort wurde der Umbau nicht zuletzt im Hinblick auf die erwartete Einführung der Arbeitsdienstpflicht als Zukunftsinvestition betrachtet. „Wie die Arbeitsdienstpflicht im allgemeinen den Faktor zur Belebung der Wirtschaft bilden wird, so wird insbesondere dieses Lager zur Ankurbelung des Geschäftlebens im hinteren Bezirk und darüber hinaus dienen können.“²³ Tatsächlich wuchs die Zahl der zu verpflegenden „Reichsarbeiter“ zwischen Februar und Juni 1934 von 167 auf 204 Personen an. Allerdings ergab sich durch den streng



Die jungen Arbeitsmänner des (noch) Freiwilligen Arbeitsdienstlagers Abtsgmünd während einer Ruhepause, Herbst 1934.



Arbeitsmann F. Keiner vor dem Eingangstor des RAD-Lagers Heubach, 1939.

geregelten Tagesablauf unter der Woche kaum die Möglichkeit, das wenige und hart verdiente Geld, in die örtlichen Gasthäuser zu tragen.

Der Arbeitstag der „Reichsarbeiter“ begann um 4.30 Uhr mit dem Wecken. „Dann geht's sofort zum Frühsport und anschließend zum Frühstück. Nach der Flaggenparade [...] wird um 6 Uhr oder kurz nachher zur Arbeit ausgerückt. [...] Von 6 bis 14 Uhr wir mit einer halbstündigen Pause gearbeitet. Um 15 Uhr beginnt das gemeinsame Mittagessen, um 16 Uhr folgen dann ausgiebig Spiel und Sport, Vorträge über Staatbürgerkunden usw., Singen. Um 19 Uhr wird zu Abend gegessen. Manchmal folgt noch ein Vortrag, eine Singstunde und um 21 Uhr ist im allgemeinen an den Wochentagen Zapfenstreich.“²⁴

Betrug die normale Dienstzeit zu diesem Zeitpunkt noch 6 Monate, so ließ bereits am 3. April 1934 das Meldeamt für den FAD in Ellwangen per Zeitungsanzeige bekannt machen, dass schon bald die Verpflichtungszeit zur Erlangung des Arbeitspasses auf 12 Monate heraufgesetzt werden würde. Ohne den Arbeitspass sollten Jugendliche im Alter zwischen 17 und 25 Jahre in Zukunft keine Arbeit mehr erhalten. „Jugendliche die den Arbeitsdienst nicht durchlaufen haben, sollen von den Arbeitgebern in den A.D. geschickt werden und dafür Kameraden, die bereits länger den Ehrendienst im Arbeitslager geleistet haben, eingestellt werden. Der Arbeitsdank ist unbedingt gewillt, Arbeitsdienstwillige mit längerer Dienstzeit gemäß ihrer Berufseignung bei Ausscheiden in feste Berufsstellen zu bringen.“²⁵

Fast auf den Tag genau berichtete die Aalener Lokalpresse 7 Monate später über eine Besprechung, zu der Arbeitsamtsdirektor Müller eingeladen hatte. Inhalt der Beratung mit Kreisleiter Kling und den Vertretern der Parteigliederungen war die Frage gewesen, wie die Anordnung der Reichsregierung „Über die Verteilung von Arbeitskräften“ vom 28.8. 1934 umgesetzt werden sollte. In den 74 Betrieben mit mindestens 20 Arbeitnehmern, die es im Zuständigkeitsbereich des Arbeitsamtes gab, arbeiteten 6413 Arbeiter und Angestellte. Der Anteil der ebenfalls gemeldeten Jugendlichen unter 25 Jahre belief sich auf 31,6% (2032 Personen). Hiervon hatten die „Betriebsführer“ 124 Arbeiter, 32 Arbeiterinnen, 15 männliche und 7 weibliche Angestellte für einen ersten „Arbeitsplatztausch“ ausgewählt.²⁶

Wie kritisch bemerkt wurde, war es für manchen Firmeninhaber schwierig gewesen, „der staatspolitischen Notwendigkeit ausreichend Rechnung zu tragen“. Im Klartext hieß das, dass sich nicht alle Arbeitgeber der Vorgabe ohne weiteres beugen wollten, ihr Personal gegen ältere Arbeitslose - „insbesondere Kriegsbeschädigte, alte Kämpfer und kinderreiche Familienväter“ - austauschen zu müssen. Mit ihnen sollte der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte „weiter verhandeln“. Falls dies nichts fruchtete, blieb nur, „eine Entscheidung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung herbeizuführen“.

Die Begriffe Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung erhielten eine ganz neue Bedeutung. Hatte man schon im Januar 1934 in der Kocherzeitung lesen können, dass der Begriff Arbeitsmarkt „auszutilgen“ sei, weil in der angestrebten Volksgemeinschaft des NS-Staates „Arbeitskraft keine Ware“ darstelle, so war jetzt durch die Anordnung zum Arbeitsplatztausch eine wesentliche Zwangsstufe erreicht, durch die sich die ursprüngliche Zielsetzung der Kernaufgaben grundlegend veränderte.²⁷ Vermittlung und Beschaffung waren ab sofort lediglich andere Bezeichnungen für Regulierung und Lenkung.

Lagerführer Mussotter vom FAD in Abtsgmünd wartete bereits auf seine neuen „Reichsarbeiter“. Andere wurden vom Arbeitsamt als Landhelfer in der Landwirtschaft untergebracht. Durch beide Maßnahmen kam ein Kreislauf in Gang, den Arbeitsamtsdirektor Müller folgendermaßen beschrieb: „Haben die Jugendlichen alsdann ihre Pflicht als neue Gefolgsmänner unseres Führers erfüllt, dann kommen auch sie in die Reihe derer, die in ihrem Berufe wiederum bevorzugt unterzubringen sind, und die weitere junge Mannschaft tritt zum vaterländischen Dienst an. Keiner wird dann bereuen, seine Hilfsbereitschaft und seinen Opfersinn bewiesen zu haben.“ Bereits im Juni des folgenden Jahres ließ die Einführung der Arbeitsdienstplicht keinerlei Spielraum mehr, um sich als junger Arbeitnehmer dem staatlichen Zugriff zu entziehen.

Das 1933 auf dem früheren Hüttenwerksgelände Abtsgmünd eingerichtete Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes wurde nach Einführung der Dienstpflicht im Juni 1935 vom Reichsarbeitsdienst (RAD) weitergeführt und ausgebaut. Mitte Mai 1939 fiel die Entscheidung, die Abteilung „Sebastian Lotzer“ 2/264 zu verlegen. Ein benachbarter Industriebetrieb erwarb die sogenannte „Schmiede“ für Produktionszwecke.



Landhelfer-Brief



Vergelt nie, daß das heiligste Recht auf dieser Welt das Recht auf Erde ist, die man selbst bebauen will, und das heiligste Opfer das Blut, das man für diese Erde vergießt.

Adolf Hitler, „Mein Kampf“.

Als Nachweis für seinen Arbeitseinsatz beim Bauern und als Anerkennung erhielt die Hilfskraft den Landhelferbrief.

Städter aufs Land

Zunächst war die Unterbringung von männlichen und weiblichen Helfern in bäuerlichen Betrieben bis 50 ha für das Arbeitsamt Aalen ein wesentliches Instrument gewesen, um die Zahl der Arbeitslosen im Bezirk zu senken. Allein im Zeitraum von April bis August 1933 lag die Zahl der Vermittlungen bei 630 Männern und 76 Frauen. Das gute Ernteergebnis 1933 sowie die Aufstockung der Reichsmittel hatte außerdem dafür gesorgt, dass die Bauern ihre Hilfskräfte auch während des Winters behielten. Im Februar 1934 standen noch immer 400 Landhelfer in einem Arbeitsverhältnis - und die Nachfrage war längst noch nicht gedeckt. Bereits zu diesem Zeitpunkt arbeiteten 110 Landhelfer aus Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe im Bezirk. Weitere 51 Hilfskräfte kamen Ende Februar aus der badischen Landeshauptstadt.

Die südwestdeutschen Großstädte dienten auch in den folgenden Monaten als Hauptreservoir für die Landhilfe auf der Ostalb.²⁸ Wie die folgenden Passagen aus den Berichten des Arbeitsamtes Aalen zeitrafferartig verdeutlichen, wurden allerdings die Notstandsmaßnahmen zügig zu einem Instrument zur Lenkung der Arbeitskräfte:

- | | |
|----------------|---|
| August
1933 | Der Leiter der Behörde, Regierungsrat Müller, stellt fest: „Die Landhilfe soll 2 Hauptübeln abhelfen, einerseits der Arbeitsüberlastung der bäuerlichen Familien in den kleinen und mittleren Betrieben, denen Bargeld zur Bezahlung von Arbeitskräften fehlt, andererseits der Arbeitslosigkeit der städtischen und ländlichen Jugend und der damit verbundenen Verwahrlosung.“ ²⁹ |
| März
1934 | Mit deutlich schärfерem Ton heißt es: „Es fehlen in diesem Bezirk noch mehrere 100 Landhelfer und Helferinnen, Knechte und Mägde für die Landwirtschaft. Diesem Mangel kann wohl sofort abgeholfen werden, wenn alle noch zu Hause ohne geregelte Arbeit herumsitzenden jungen Leute im Alter von 15 bis 25 Jahren die Erfordernisse der heutigen Zeit erkennen und sich alsbald zur Verfügung stellen. [...] Arbeit gibt es jetzt aber genug für den, der endlich einsieht, dass er die Arbeit da zu nehmen hat, wo sie sich ihm bietet. Es ist höchste Zeit, dass auch die Eltern zur Einsicht kommen und allen Ernstes ihre Söhne und Töchter dahin weisen, wo sie dringend benötigt werden, nämlich in die Landwirtschaft, statt dass sie dauernd über ihr Not jammern und weiterhin die Unterstützungseinrichtungen in Anspruch nehmen.“ ³⁰ |
| August
1934 | Nach dem Erlass der „Anordnung über die Verteilung von Arbeitskräften“ am 28. August 1934 sind derartige Drohungen überflüssig. Nicht nur, dass die Jugendlichen in den Betrieben ihren Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen haben, auch Arbeitslose der |

gleichen Jahrgangsstufen, ohne Anspruch auf Unterstützung, weil sie noch in ihren Familien leben, sind ab sofort für die Landhilfe „zugelassen“.³¹ Die neue Regelung galt auch für nicht „hilfsbedürftige Arbeitslose“. Mit anderen Worten: die Landhilfe ist neben dem Arbeitsdienst das zweite Modul, durch das sämtliche Jugendliche - egal ob mit oder ohne Arbeitsplatz, ob unterstützungsbedürftig oder nicht - in das sozialpolitische Konzept des NS-Staates eingebunden werden.

Okt.
1934 Um den starken Zufluss an billigen Arbeitskräften, mit dem man rechnet, überhaupt aufnehmen zu können, sollen ab 1. Oktober 1934 auch Bauernhöfe bis zu 80 ha Größe Landhelfer anfordern. Zwingende Voraussetzung bleibt jedoch nach wie vor die Aufnahme der Hilfskraft in die „Hausgemeinschaft des Betriebsführers“.

Dagegen ist die Bestimmung aufgehoben, dass der Bauer den staatlich subventionierten Helfer nach Erfüllung des Jahresvertrages ein halbes Jahr auf eigene Kosten weiter beschäftigen muss. Wie es heißt, hat „diese Regelung in der Praxis Hemmungen für den weiteren Ausbau der Landhilfe mit sich gebracht“³².

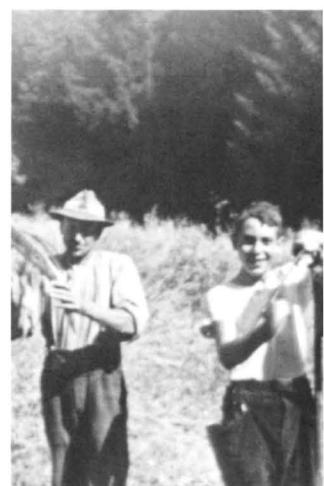
Dass die Landarbeit dadurch nicht attraktiver wurde, ist einem Bericht der Kocherzeitung vom 24.5.1935 zu entnehmen, der indirekt auf die Spannungen einging, die offensichtlich zwischen Landhelfern und Bauern immer wieder vorkamen.

Entsprechend hieß es: „Einen Achtstundentag kann es für ländliches Gesinde, wozu auch der Landhelfer zählt, der Natur der Sache nach nicht geben. [...] Andererseits hat der Bauer den Landhelfer als Mitarbeiter auf deutscher Scholle und als Volksgenossen anständig zu behandeln und darf ihn nicht willkürlich ausnutzen“. Der ausführliche Artikel endet mit der Aufforderung: „Der Landhelfer darf nicht wegen jeder Kleinigkeit gleich davonlaufen. [...] Bei beiderseitigem guten Willen lässt sich vieles schlichten.“³³

Dass solche Punkte in der Öffentlichkeit überhaupt angesprochen wurden, eröffnet nicht nur Einblicke in Probleme, die in dem propagierten Bild vom „deutschen Bauern auf deutscher Scholle“ naturgemäß nicht vorgesehen waren. Stichworte wie übermäßig lange Arbeitszeiten, Sonntagsarbeit, verschleppte Lohnauszahlung usw. erhielten vielmehr im Vergleich mit den Arbeitsbedingungen in den Aalener Industrie- und Gewerbebetrieben um so größere Bedeutung, je mehr sich die Verhältnisse in diesen Bereichen wieder besserten.

Nach Einführung der Arbeitsdienstplicht im Sommer 1935 war es an der Tagesordnung, dass Einheiten des RAD aus Abtsgmünd oder Walxheim zur Landarbeit abgestellt wurden.

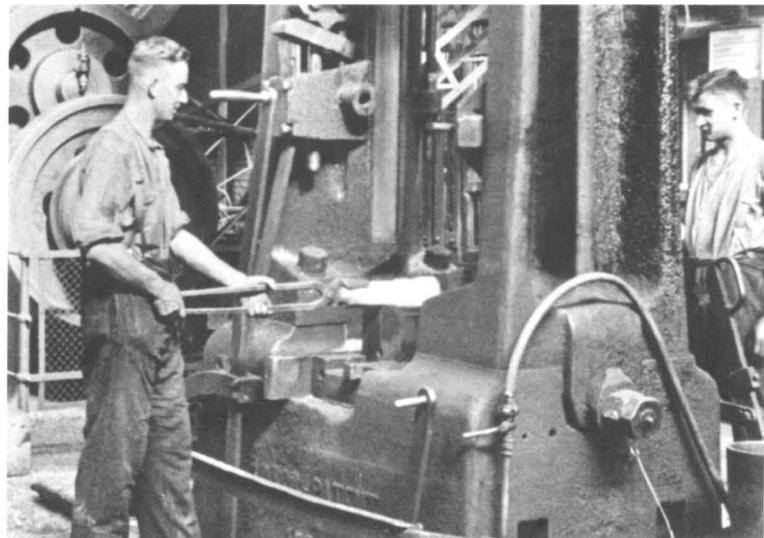
Bauer und Städter
(Landhelfer) im „Zeichen
der Erzeugungsschlacht“,
Sommer 1935.



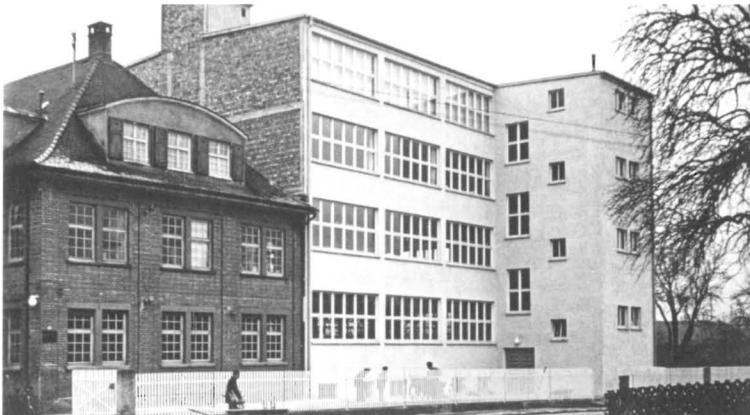
Die Konjunktur zieht an

In der Metallindustrie, die im Arbeitsamtsbezirk Aalen eine überragende Stelle einnahm, war die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter von September 1932 bis September 1933 von 569 auf 165 gesunken. Bei Alfing Kessler, in den Schwäbischen Hüttenwerken und der Kettenindustrie hatte schon Ende Mai 1933 eine Besserung eingesetzt. Seit August war auch von der Kassenschranksfabrik Ostertag eine Veränderung der Auftragslage zum Positiven gemeldet worden. Im Mai 1934 stand die Firma kurz davor „ihre alten, fast alle Erdteile umfassenden Absatzgebiete wieder zu beliefern“. Von der stark einsetzenden Bautätigkeit im ganzen Land profitierten vor allem die Drahtstiftfabriken wie z. B. die Firma Gebrüder Simon oder die Firma Erlau in Aalen. Dasselbe gilt für das Eisenkonstruktionswerk Gebrüder Wöhr in Unterkochen. Waren im Winter 1932/33 bei Alfing Kessler in Wasseralfingen 200 Arbeiter beschäftigt, so verdoppelte sich die Zahl bis zum Sommer 1934. Auch die Schwäbischen Hüttenwerke standen kurz davor, mit 1000 Mitarbeitern ihren Beschäftigtenstand von 1930 wieder zu erreichen.

Allerdings warnte Arbeitsamtsdirektor Müller auch vor allzu großer Euphorie. „Nicht vergessen werden darf, dass nicht allein die Arbeitnehmerzahl die Leistungsfähigkeit zahlreicher Werke aufzeigt, sondern dass vielfach trotz Verminderung der Belegschaft die Leistungsfähigkeit durch technische Verbesserung in den Betrieben (Rationalisierung) erhöht und damit die Produktion gegenüber früheren Jahren gesteigert wurde.“³⁴



Arbeiter in der Schmiede
der Schwäbischen Hütten-
werke Wasseralfingen,
1935.



Auf Expansionskurs:
Die 1925 gegründete
Trikotagenfabrik
Hengel & Co. beschäftigte
1934 bereits 150 Mitar-
beiter. Der Fabrikneubau
an der Alten Heiden-
heimerstraße (heute WIZ)
wurde am 24.11. 1934
eingeweiht.

Mit der Trikotfabrik Klaus, der Strickwarenfabrik Hengel & Co., der Seidenzwirnerei Egelhaaf, der Kunstwollefabrik Walker sowie der Frottierwarenfabrik Raible, in denen insgesamt 500 Arbeitnehmer beschäftigt waren, bildete die Textilindustrie in Aalen den zweitstärksten Produktionssektor. Nachdem man relativ gut die Krisenzeit überstanden hatte, befürchteten einige Firmenleitungen jedoch Geschäftseinbußen aufgrund der zunehmenden Schwierigkeiten bei der Devisenbeschaffung. Die Bestrebungen des NS-Staates, sich von Rohstoffimporten aus Übersee, wie in diesem Fall der Baumwolle, unabhängig zu machen, führten zur Verknappung ausländischer Zahlungsmittel.³⁵

Bis zum Juni 1934 hatte sich auch die Papierindustrie im Raum Aalen - Papierfabrik Unterkochen, Papierfabrik Gebrüder Palm, Papierfabrik Erlensbau - wieder erholt. Exporteinbußen, vor allem aber der geringere Papierverbrauch „infolge Wegfalls der Partei- insbesondere der Linkspresse“ hatte sich in den Auftragsbüchern ab Februar 1933 deutlich bemerkbar gemacht. Insgesamt 450 Arbeitnehmer waren im Sommer 1934 in diesem Industriezweig beschäftigt.

Während die Union AG als chemischer Betrieb, die Tonwarenfabrik Stützel-Sachs, die Betriebe der Lederindustrie und des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes wie die Brauereien oder die Bonbonfabriken Wilbader bzw. Pahl keine Einbußen zu verzeichnen oder sich wieder gefangen hatten, blieb die Geschäftslage in der Möbelfabrikation sowie in der Klavierfabrik Haegele noch anhaltend schlecht. Man hoffte hier auf eine ähnliche Entwicklung wie im Bereich des Bekleidungsgewerbes. Hatte noch im September 1933 mangelnde Kaufkraft den Absatz ganz erheblich erschwert, so zeigte sich ein Jahr später, „der während der großen Arbeitslosigkeit angestaute Bedarf und die Möglichkeit, nun nach allgemeiner Besserung der wirtschaftlichen Lage wieder Anschaffungen zu machen“.

„Das Bauerntum ist der Ernährer des ganzen Volkes“

Die von der NS-Kreisleitung in Aalen propagierte Abwendung vom „liberalistischen Sinn“ bezog sich nicht nur auf Wirtschaft, Handel und Gewerbe, sondern sparte auch die Landbevölkerung keineswegs aus. In ihren Vorstellungen vom „organisch berufsständischen Aufbau“ der „Volksgemeinschaft“ wies die nationalsozialistische Weltanschauung dem „Bauerntum“ eine besondere Rolle zu. So sollten Bauern nicht mehr als Landwirte oder Oekonomen bezeichnet werden, denn diese bestellten ihren Grund und Boden nur zum Zweck des Geldverdienens. Stattdessen verdiente nur derjenige „Bauer“ genannt zu werden, „wer in erblicher Verwurzelung seines Geschlechts mit dem Grund und Boden sein Land bestellt und seine Tätigkeit als eine Aufgabe an seinem Geschlecht und seinem Volk betrachtet. Der mit der Scholle verwachsene Bauer hat nur ein Ziel: zum Wohl des ganzen Volkstums und der deutschen Volkswirtschaft zu schaffen!“.³⁶

Die Kocher- und Nationalzeitung betrachtete es seit August 1933 als eine ihrer vornehmlichen Aufgaben, in ihrem vorwiegend ländlich strukturierten Verteilungsgebiet für die Verbreitung dieser Vorstellung sorgen. Sie richtete ein Sonderseite unter dem Titel „Blut und Boden“ ein. Ausdrücklich wollte sich diese im oben genannten Sinn für das „Bauerntum als dem Ernährer des ganzen Volkes, dem ewigen Blutquell der Volkserneuerung und die Grundlage für Wirtschaft, Staat und Volk einsetzen“. Denn auch dies bedeutete nach ihrer Auffassung „für Deutschland zu kämpfen“.

Im Reichsnährstand organisiert

*Hausschild des örtlichen
Repräsentanten der
NS-Agrarpolitik.*



Während die Zeitung ihre Beilage als ideologische Plattform verstand, übernahm die Kreisbauernschaft Aalen als Repräsentant des „Reichsnährstandes“ auf Bezirksebene die organisatorischen Aufgaben und praktische Arbeit. Seit September 1933 waren alle in der Landwirtschaft tätigen Arbeitnehmer und Selbständigen, einschließlich der Bereiche Forst, Gartenbau, Fischerei, Jagd, Agrarhandel und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte im sogenannten „Reichsnährstand“ zusammengefasst. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts besaß umfangreiche Anordnungs- und Kontrollbefugnisse über seine ca. 16 Mio. Mitglieder. Sie standen unter Ernährungsminister und Reichsbauernführer Darré. Das übliche „Führerprinzip“ setzte sich auch auf Landes-, Kreis- und Ortsebene fort.

Bereits im Frühjahr 1933 hatte der Brauereibesitzer, Landwirt und Ortsgruppenleiter der NSDAP in Aalen, Karl Barth, die Kreisbauernschaft übernommen. Innerhalb eines halben Jahres vollzog er die Umwandlung des

So wäre es gekommen

Propaganda des Reichsnährstandes zum Erntedanktag 1934.



Eigennutz u. Unverstand zerstören Stadt u. Land

Wäre dieser drohenden Entwicklung nicht in letzter Minute halt geboten worden, wie es das entscheidende Verdienst der nationalsozialistischen Agrarpolitik ist, dann hätten wir wohl heute bereits ein bäuerliches Totenfeld, dessen Ausmaß vielleicht ein Drittel unseres Vaterlandes oder mehr ausmachen würde.

landwirtschaftlichen Bezirksvereins, dessen Vorstand Ende Mai zurückgetreten war³⁷, zur NS-Organisation. Als er am 1. Februar 1934 während des Lichtmessmarktes in Aalen „seine Ortsbauernführer“ im Löwenkeller versammelte, konnte er ihnen die Zielsetzungen der Organisation sowie ihren Aufbau auf Reichs-, Landes- und Kreisebene im Detail erläutern.

Für Fragen der Agrartechnik, des Acker- und Pflanzenbaus, der Tierzucht sowie der Betriebswirtschaft war die Abteilung II zuständig. Das Genossenschaftswesen und den Landhandel betreuten fortan die Abteilungen III und IV. Die Abteilung I hatte sich dagegen der „bewussten Pflege bäuerlicher Kultur, Sitte und des Brauchtums“ zu widmen. Hierzu zählte auch die Überwachung des Zugangs der bäuerlichen Jugend in die SA und die SS sowie des Ausschlusses von „Judenjungen“, die laut Kreisbauernführer, „sich da und dort im landwirtschaftlichen Betrieb als landwirtschaftliche

„Die gutgläubigen und böswilligen Gegner der Neuordnung der Agrarmärkte“, NS-Propaganda im Oktober 1934.



Schöner Schein: das Erbhofbuch sollte ab Januar 1934 von den Zentralisierungsbestrebungen des NS-Regimes ablenken.



Lehrlinge einzunisten versuchen“. Mit besonderer Aufmerksamkeit hatte sich die Abteilung I des Reichsnährstandes aber auch den Erwachsenen zu widmen. Wie Karl Barth ebenfalls feststellte, gab es im Januar 1934 noch immer sehr viele Landwirte im Kreis, die „noch nicht erkannt haben, dass der Nationalsozialismus den Bauern der zunehmenden Verelendung und Verzweiflung entrissen hat. Dafür müsste jeder Bauer dem Nationalsozialismus dankbar sein und jeder Einzelne ein eingefleischter Nationalsozialist werden. Dem ist aber leider noch nicht so, da es auf dem Land immer noch viele Miesmacher und Nörgler gibt, die bloß darauf ausgehen, die Einigkeit der Bauern erneut zu untergraben.“

Den Maulwürfen muss mit aller Energie entgegengetreten werden. Das Reichsnährstandgesetz, das Erbhofgesetz, das Entschuldungsgesetz und viele andere Gesetze geben die Gewähr dafür, dass der Bauer immer das bleibt, wozu ihn der Nationalsozialismus gemacht hat, nämlich zu einem freien Mann auf freier Scholle.“

Verkaufsverbot für „Erbhöfe“

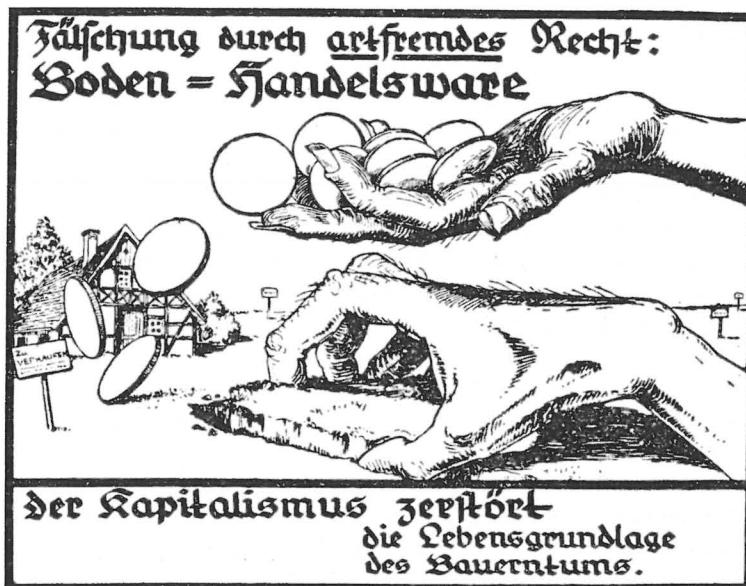
Die Vereinnahmung der Bauern durch das NS-Regime hatte indes wenig mit Freiheit zu tun. Nach dem von Karl Barth angeführten Reicherbhofgesetz war es seit 1.10.1933 verboten, Höfe mit einer Größe zwischen 7,5 bis 125 ha zu veräußern. Ebenso untersagt war es, den „Erbhof“ mit ei-

Das Erbhofbuch des deutschen Bauern

Alle Bauerngehöfte, die den Bestimmungen des neuen Erbhofgesetzes entsprechen, werden bekanntlich als Erbhof in eine besondere Erbhofrolle eingetragen. Gleichzeitig wird auf Antrag für jeden Erbhof ein besonderes Buch angelegt, das sogenannte Erbhofbuch. Zur Erlangung von Entwürfen für dieses Erbhofbuch ist jetzt ein Preis ausschreiben unter den deutschen Künstlern veranstaltet worden. Unser Bild zeigt drei Entwürfe des Kunstmalers Hans Uhl, der mit dem ersten Preis bedacht wurde.

ner Hypothek zu belasten oder in Teilen an die Kinder zu vererben. Nach dem festgeschriebenen Anerbenrecht, sollte jeweils der älteste den Hof übernehmen. Hinzukam die sogenannte „Bauernfähigkeit“ des Eigentümers bzw. der Eigentümerin. D.h. beide mussten als Personen eingestuft sein, die das Anwesen ordnungsgemäß bewirtschafteten. Ein wesentlicher Punkt hierfür war wiederum die Erfüllung der ideologischen Vorgabe, dass Bauer oder Bäuerin die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen bzw. „deutschstämmig oder stammgleichen Blutes“ zu sein hatten. „Eine Vermischung mit jüdischem oder farbigem Blut ist ausgeschlossen.“

Die Gesamtzahl der Erbhöfe belief sich im Oberamt Aalen auf 1078 Höfe. Sie umfassten eine Gesamtfläche von 14094 ha. Insgesamt wurden im Oberamt 28268 ha landwirtschaftlich genutzt. Nachdem damit zu rechnen war, dass die Betriebe zwischen 5 und 100 ha den stärksten Anteil stellen würden, ging man davon aus, dass etwa 79% der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter die Bestimmungen des Erbhofgesetzes fielen. Aufgabe der Kommunalverwaltungen war es, die sogenannten Erbhofrollen für die jeweiligen Markungen vorzubreiten.³⁸



„Die frühere Ursache
des Bauernelends“,
NS-Propaganda im
Herbst 1934.

Zentralisierte Milchversorgung

Wenn auch die wiederholten Unmutsäußerungen des Kreisbauernführers über „Nörgler oder anhaltendes Eigenbrödlertum“ den berechtigten Schluss zulassen, dass in den weitgehend katholisch geprägten Bauernfamilien des ländlichen Umlandes von Aalen erhebliche Vorbehalte gegenüber dem „Blut und Boden-Mythos“ des Nationalsozialismus bestanden, so konnten sich die Bauern den strukturellen Maßnahmen der Reichsregierung, um sie zu „Garanten der Ernährungsbasis des deutschen Reiches“ zu machen, ohne Gefährdung ihrer Existenzgrundlage nicht entziehen. Vor diesem Hintergrund sind die Informationsabende der Kreisbauernschaft zur Kalkdüngung, zur Viehverwertung oder zur Obstbaumpflege zu sehen. Die Aushebung von Bodenproben zur Erstellung einer „Bodenreaktionskarte“ sowie Erhebungen über den durchschnittlichen Kartoffelverbrauch seit 1914 oder die Größe des Viehbestands bildeten die Grundlage für zukünftige Planungen. Dagegen war die Neuregelung der Milchversorgung in Aalen, Wasseralfingen und Hofen eine erste Maßnahme zur Marktregulierung und Preiskontrolle. Auf lokale Interessen wurde dabei keine Rücksicht genommen. Bei der ersten Zusammenkunft der Kreisbauernschaft und des „Milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses“ am 14. 11. 1933, hatten sich vor allem noch die Vertreter aus Essingen und Wasseralfingen deutlich gegen den Aufbau einer Milchzentrale in Aalen ausgesprochen. Als bei der Lichtmesstagung vom Geschäftsführer des württembergischen Milchwirtschaftsverbandes Dipl. Landwirt Kraus aus Stuttgart, die Frage der Neuorganisation erneut augegriffen wurde, sprach dieser nur von den übergeordneten Zielsetzungen.

„Ein bäuerlich eingestellter Landhandel [Abteilung IV des Reichsnährstandes] soll in Zukunft die Handelsgeschäfte der Bauern betreiben und nur soviel als Handelsgewinn einstreichen, als absolut notwendig ist.“ Hauptziel war demnach die Ausschaltung des Zwischenhandels mit Agrarprodukten durch private Unternehmen. Darüber hinaus sollte es aber auch dem Bauern selbst in Zukunft verboten sein, Butter und Milch an Privatpersonen zu verkaufen. Vor dem Hintergrund der Einfuhrdrosselung von Molkereiprodukten aus dem Ausland war das Hauptziel des NS-Staates die einheimische Produktionssteigerung bei kontrolliertem Angebotspreis.

Am 1. November 1934 nahmen die Milchsammelstellen Aalen, Wasseralfingen und Unterrombach ihren Betrieb auf. Die Anlieferung durch die Bauern erfolgte zu geregelten Zeiten. Da der Bedarf der Sammelstalle Aalen (Westlicher Stadtgraben im Gebäude Kocherfarb) nur zu einem Drittel durch die Milchmengen aus Himmlingen, vom Grauleshof und vom Hirschhof gedeckt werden konnte, hatten die Sammelstellen Wasseralfingen und Unterrombach die fehlenden zwei Drittel zur Milchbedarfs-

Agrarbilanz
des Jahres 1933.





Vor der Milchsammelstelle
in Aalen, 1935.

deckung der Stadt zu tragen. Die Verkaufsstellen bezogen die Milch ausschließlich von den jeweiligen Sammelstellen. Bis 11 Uhr vormittags waren aber auch Personen im Auftrag der Sammelstellen mit Handwagen unterwegs, um Straßenweise Butter und Milch an Privathaushalte zu verkaufen.³⁹ Als Verkaufspreis waren 24 Pfennige pro Liter festgesetzt. Bei Selbstabholung am „Milchhäusle“ wurden 23 Pfennige verlangt. Die anliefernden Bauern in Aalen erhielten zwischen 17 und 18 Pfennig pro Liter ausbezahlt. Damit war die Vorgabe des Reichsmilchkommissars vom November 1933 ein Jahr später in Aalen umgesetzt. Dieser hatte angekündigt die Preisdifferenz zwischen Anlieferungs- und Verkaufspreis auf 2- 3 Pfennige zu begrenzen, um dadurch Preisdifferenzen von 6 Pfennigen und mehr entgegenzuwirken.

Wie einem Bericht der Aalener Volkszeitung über die Versammlung der Wasseralfinger Milchverwertungsgenossenschaft im Januar 1935 zu entnehmen ist, trennte sich „der Landwirt in und um Aalen nur ungern von dem früheren Zustand“ und „wünschte denselben gerne wieder zurück“. Der Geschäftsführer des Milchverwertungsverbandes mittleres Württemberg, Diplomlandwirt Hermann, betonte jedoch die „Unhaltbarkeit“ des privaten Milch- und Butterhandels durch die Bauern. Auf die Frage, ob es denn möglich sei, aus der Genossenschaft auszutreten gab er die bezeichnende Antwort: „Ein Austritt kann auf Jahresende geschehen. Der Ausgetretene darf aber seine Milch etc. nur im eigenen Betrieb verwerten und nicht verkaufen. Es ist nicht einmal gestattet, Milch an Zahlungsstatt abzugeben für geleistete Arbeit von Verwandten und Bekannten.“⁴⁰



„Der Staat sorgt für eine geordnete und stetige Wirtschaftsführung“, NS-Propaganda im Herbst 1934.

Regulierte Getreidewirtschaft

Weitere „Verbandslösungen“ beließen den Bauern ähnliche „Freiheiten“. Bereits am 4.12.1934 hatte der neue Kreisbauernführer Fröscher von Hohenmemmingen - sein Amtsvorgänger Bath war zum Bezirksbauernführer aufgestiegen - im Aalener Löwenkeller die Ortsbauernführer aus den Oberämtern Aalen, Heidenheim, Neresheim und Ellwangen vollzählig versammelt, um die neue Getreidemarktregelung vorzustellen. Referent des Abends war Dr. Weiß vom Getreidewirtschaftsverband aus Stuttgart. Gleich zu Beginn seines Referates beteuerte dieser, dass die neue Marktregelung nichts mit Steuerschnüffelei und Zwangswirtschaft zu tun habe. Ziel sei lediglich, „das deutsche Volk mit Brot zu versorgen“.⁴¹ Wie im Bereich der Milchwirtschaft sollten Spekulationsgewinne ausgeschaltet werden. Die Beteuerung, dass die Absatzwege des Brotgetreides frei sein und der Bauer an jedermann verkaufen könnte, wurden konterkariert durch den Hinweis auf das Gesetz zur Ordnung der Getreidewirtschaft vom 27.06.1934 und den Hinweis, dass diejenigen Bauern, denen der staatlich vorgegebene Getreidepreis zu niedrig sei, bedenken sollten, dass: „durch dieses Gesetz den Bauern ein Preis gegeben ist, den man nie erreicht hätte, wenn das Getreide im freien Verkauf angeboten worden wäre.“

Daher muss der Bauer dem Gesetzgeber dankbar sein. Die Bezahlung des Getreides ist nach Güte vorgesehen und bindend, so dass in Zukunft jeder Bauer ein Interesse daran haben muss, dass sein Getreide ein großes Hektolitergewicht hat, was er durch richtige Düngung, Bodenbearbeitung, Ernte und Einlagerung ohne weiteres erreichen kann.“ Der Referent bestreit freilich nicht, dass der Bauer sein Produkt an die im Getreidewirtschaftsverband organisierten Nährmittelfabriken, Bäckereien etc. frei verkaufen konnte. Nur war dieser Weg der einzige mögliche.

Es gab eine Ablieferungspflicht. Als Beispiel führte er die schlechte Roggenernte des Jahres 1934 im Norden an und fügte hinzu, dass jeder Erzeuger im Süden froh sein müsste, sein Brotgetreide in die Gebiete liefern zu können, in denen größerer Bedarf bestünde. Der staatlich gelenkten Nahrungsmittelproduktion und Verteilung stand damit nichts mehr im Wege. Dies war eine wesentliche Grundlage für die im Januar 1935 reichs-

weit ausgerufene landwirtschaftlichen „Erzeugungsschlacht“, an der sich alle Bauern pflichtgemäß zu beteiligen hatten, um die vom Reichsnährstand vorgegebenen Ziele zu erreichen.

Flankierende Unterstützung

Wenn auch die Stadtverwaltung nicht die treibende Kraft hinter den in Gang gesetzten wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Veränderungen war, so sollte doch nicht außer Acht gelassen werden, dass sie diese Bestrebungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften unterstützte. Mit Blick auf die von Arbeitsamt, Partei und Reichsnährstand angestrebte Arbeitskräftelenkung gelang ihr im Frühsommer 1934 ein bemerkenswerter Schachzug. Auf Antrag des Ortsfürsorgeausschusses erklärte das württembergische Innenministerium die Stadtgemeinde Aalen am 30. Juli 1934 zum Notstandsgebiet.

Aalen wird „Notstandsgebiet“

Diese Maßnahme wurde in älteren Arbeiten zum Nationalsozialismus in Württemberg als Beleg für die besonders schwierige Situation gedeutet, in denen sich zu diesem Zeitpunkt die Aalener Industriebetriebe befunden hätten. Die Lage hatte sich jedoch im Sommer 1934 bereits deutlich entspannt und die Betriebe in Aalen und Wasseralfingen befanden sich in einem deutlichen Aufwärtstrend. Gleichzeitig klagte das Arbeitsamt über den allenthalben spürbaren Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft. Allen Mystifizierungen des Bauerntums durch die NS-Ideologie zum Trotz war die Beschäftigung in der Landwirtschaft harte Arbeit. In den Industriebetrieben konnte bei geregelter Arbeitszeit ein wesentlich höherer Verdienst erzielt werden. Mancher Betrieb in Aalen warb seine Arbeiter aus dem katholischen Umland direkt an, indem es das Arbeitsamt umging. Für die Behörde ging es darum, einen Weg zu finden, die Sogwirkung der Industrie auf das ländliche Umland auf eine möglichst effiziente Weise zu unterbinden.

Wie das städtische Wohlfahrtsamt mit Schreiben vom 29. Mai 1934 dem Ortsfürsorgeausschuss mitteilte, war dies am besten durch die Erklärung der Stadt zum Notstandsgebiet zu erreichen. „In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe Familien, hauptsächlich aus den umliegenden Gemeinden in die Stadt gezogen, die als arbeitslos zum Teil sofort und zum Teil alsbald nachher der öffentlichen Fürsorge anheim fielen. Grund des Wegzugs war in den meisten Fällen, dass die Gemeinden keine oder nur ganz ungenü-

Zuzugsverbot für Arbeits-suchende: die Stadtverwal-tung Aalen gab am 1. 9. 1934 die Folgen bei Nichtbeachtung bekannt.

Keine Wohnungen oder Zimmer an arbeitslose Neuzuziehende vermieten

Die Stadtgemeinde Aalen ist mit Erlass des Württ. Innenministeriums vom 30. Juli 1934 als Notstandsgebiet erklärt worden.

Aus diesem Anlaß hat die Ortsfürsorgebehörde bestimmt, daß Personen, die nach dem 1. August 1934 nach Aalen zu ziehen, nur die allernotwendigste Pflichtfürsorge erhalten, wenn sie oder ihre Familie beim Zuzug hilfsbedürftig sind oder künftig hilfsbedürftig werden. Solchen Hilfsbedürftigen wird in erster Linie die Aufnahme in Fürsorgeanstalten gegen Leistung der vorgeschriebenen Arbeit angeboten, sofern nicht eine Zurückweisung an die seitherige Gemeinde in Frage kommt.

Es ergeht daher an alle Hausbesitzer und Vermieter die Aufrichterhaltung, keine Wohnung oder Zimmer an arbeitslos oder mittellos von auswärts zuziehende Familien bzw. Personen zu vermieten. Das Wohlfahrtsamt ist angewiesen, in solchen Fällen keine Geld- oder Mietbeihilfen zu geben.

Aalen, den 31. August 1934.

Ortsfürsorgebehörde: Stv. Barth.

gende Unterstützungen gewährten und auch keine Gelegenheit zur Arbeit boten; sogenannte asoziale Elemente wurden von den Gemeinden zudem gerne abgeschoben. Das sind in den meisten Fällen auch die Leute, die heute - trotzdem sie mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut sind - jede Zuweisung nach auswärts und in die Landwirtschaft mit allen möglichen Ausreden ablehnen. [...] Es dürfte sich daher fragen, ob die Stadtgemeinde nicht ebenfalls Antrag auf Anerkennung als Notstandsgebiet stellen will, denn nur dann können Maßnahmen getroffen werden, durch die einem weiteren unerwünschten Zuzug asozialer Elemente Einhalt geboten werden kann.“

Das Beispiel, dem man nacheiferte, dürfte wohl Stuttgart gewesen sein. Am 1. März 1934 hatte das Innenministerium dem Wunsch der Stadtverwaltung entsprochen und Stuttgart zum Notstandsgebiet erklärt. Ebenso sollte es nun auch in Aalen möglich sein, Personen, die nach dem 1. August 1934 in die Kocherstadt zogen, bei Hilfsbedürftigkeit nur die allernotwendigste Pflichtfürsorge zukommen zu lassen. Dies bedeutete konkret: „solchen Hilfsbedürftigen wird in erster Linie die Aufnahme in Fürsorgeanstalten gegen Leistung der vorgeschriebenen Arbeit angeboten, sofern nicht eine Zurückweisung an die seitherige Gemeinde in Frage kommt.“ Per Anzeige in der Kocherzeitung wurden alle Hausbesitzer und Vermieter in Aalen aufgefordert, weder Zimmer noch Wohnungen „an arbeitslos oder mittellos von auswärts zuziehende Familien bzw. Personen zu vermieten.“ In diesem Fall wäre wegen Ausbleiben von Geld der Mietbeihilfe nicht damit zu rechnen, dass der geforderte Wohnungszins überhaupt bezahlt werden könnte. Damit war jede Möglichkeit abgeschnitten, sich „unkontrolliert“, d.h. ohne Genehmigung des Arbeitsamtes einen Arbeitsplatz zu suchen.

Braune Messe vor der Bohlschule

Eine weitere flankierende Maßnahme war die Vermietung der Bohlschule sowie der Bohlturnhalle an die NS-HAGO-Kreisamtsleitung Aalen zur Durchführung der ersten „Braunen Messe“ in der Kocherstadt. Die NS-HAGO sowie das Institut für Deutsche Wirtschaftspropaganda e.V. veranstalteten vom 10. bis 19. August 1934 die „Wertschau deutschen Fleißes“ in Aalen, die vor allem dem lokalen Handwerk als eine Plattform dienen sollte, um sich und seine Produkte vorzustellen. Ähnliche Veranstaltungen waren schon im Lauf des Jahres in Nördlingen sowie in Schwäbisch Gmünd durchgeführt worden.



Während der „Braunen Messe“ warb die Kocherzeitung mit einem „Riesenplakat“ am Turm der Bohlturnhalle.

Ein Rundgang durch die Ausstellung

Aalen, 11. August.

Als in unserer Stadt zum erstenmal der Gedanke aufstießt, eine Braune Messe zu veranstalten, da erhoben sich nicht wenig Widersprüche gegen diesen Plan, und es hatte durchaus nicht den Anschein, als ob Handel und Gewerbe unserer Stadt sich zu einer solchen, auf Gemeinschaftsarbeit aufgebauten Tat zusammenfinden würden. Es ist nicht zu leugnen, daß gerade in Aalen schon seit langem der rechte wirtschaftliche Impuls nicht immer so deutlich gespürt wurde, wie dies vielleicht in anderen Städten unseres Schwabenlandes der Fall war und man war in mancher Werkstatt geneigt, in einer gewissen Gemütlichkeit die wirtschaftlichen Dinge zu meistern.

Die Machtergreifung Adolf Hitlers brachte in die Wirtschaft neue Begriffe. An erster Stelle steht nicht mehr das Verdienen, sondern die Leistung. Das nationalsozialistische Wirtschaftsleben verlangt Leistung jedes Einzelnen, und nur der soll sich durchsetzen und soll vorwärtskommen, der in seinem Stand etwas bieten kann. Dieses Leistungsprinzip drückt der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres seinen Stempel auf, und auch Aalens Handwerk und Einzelhandel leben sich immer mehr in diesen neuen Wirtschaftsgeist hinein.

Die gestern eröffnete Braune Messe zeigt nun vor aller Welt, daß heute die Geschäftswelt Aalens sich in einer Art und Weise in die Höhe gearbeitet hat, daß ihr Leistungsstand bestimmt dem anderer Städte in nichts nachsteht, ja im Gegenteil, wer andere Braune Messen gesehen hat, muß sagen, daß die Anstrengungen Aalens ganz besonders hoch zu veranschlagen sind.

Was die Messe noch besonders wertvoll macht, ist die Mitwirkung der Industrie.

Meistens ist es so, daß die Einheimischen keine rechte Vorstellung von den Erzeugnissen der in ihrer Stadt ansässigen Industrie haben. Wohl hat man einige allgemein bekannte Artikel im Kopf, ohne jedoch die Vielseitigkeit der Produktion zu lennen. Hierüber schafft die Braune Messe eine Aufklärung, die jeden Besucher aufschauen läßt.

Das Messegelände ist in 3 Teile gegliedert:

1. der Bohlschulplatz,
2. die Bohlschulturnhalle und
3. als größter Teil die Bohlschule selbst.

Beginnen wir den

Rundgang durch die Ausstellung.

1. Der Bohlschulplatz

Es fällt uns zunächst auf die überaus reiche Ausstellung des Freigeländes mit Fahnen.

Der ganze Platz wird aber beherrscht von dem überragenden Ausstellungsturm, dessen Fronseite die Kocher-Zeitung, alleiniges Amtsblatt für den Bezirk Aalen, mit einem in seiner Größe und Wucht in Aalen noch nie gesehnen, von Kunstmaler Fritz Ruck entworfenen und angefertigten Plakat verkleidet hat, das in eindringlicher Deutlichkeit für die nat. soz. Presse wirbt. (Siehe Bild).

Daneben fällt ins Auge das große Bierzel, bewirtschaftet von Alfons Döhinger, zum „Schützen“, in dem während der ganzen Ausstellungszeit allabendlich reiche Unterhaltung geboten wird.

Eine große Fläche nehmen die landwirtschaftlichen Maschinen der Firma Josef Sträße, Aalen ein, die besonders auf die Landwirte große Anziehungskraft ausüben dürften.

Wohl eine der größten Leistungen bildet die Errichtung eines Wochenendhauses durch die Firma Werner Weber, Baumaterialien in Aalen, die ihr reizendes Häuschen aus Heraklit erstellt hat, einer Holzfaser-Platte, die in maschinellem Wärme-Härtungs-Berfahren hergestellt wird und eine besonders rasche Fertigstellung eines Baues ermöglicht. Das Wochenendhaus wird für alle Besucher der Ausstellung eine besondere Überraschung bedeuten.

In seiner Nachbarschaft finden wir eine reizende Gruppe „Aißingers Ruhebänke“ betitelt. Hier zeigt das Baugeschäft Aißinger neuartige Erzeugnisse auf diesem Gebiet, die großes Interesse verdienen.

An der Bohlschule hat die Maurer- u. Zimmerinnung Aalens eine Wohnlagerungs-Arbeiten und Röhren-Systeme ausgestellt. Dieser Stand bildet ein Zeugnis von der Leistungsfähigkeit unserer Bauhandwerker.

Erwähnt sei noch die Werbung der Spedition-Firma Caspar Siegler.

2. Die Turnhalle

In der Turnhalle finden wir beim Eingang eine Möbel-Ausstellung der Möbelfabrik Paul Rieder, Aalen, die ein Qualitäts-erzeugnis ihrer Werkstätte zur Schau stellt.

Als erster Stand rechts vom Eingang sei die Firma Reisen-Förster genannt, die neben verschiedenem Auto-Zubehör Auto-Reisen in allen möglichen Dimensionen zeigt.

Daneben finden wir den Stand der Buchdruckerei W. A. Stierlin in Aalen, dessen künstlerische Aufmachung von den Qualitätsdrucken dieser bekannten Firma ein augenfälliges Bild darbietet. In diesem Stand ist auch eine Vertretung der Erika-Schreibmaschinen-Fabrik, die die Fa. W. A. Stierlin inne hat.

Großen Raum nimmt die Ausstellung der Firma Reinhold Kiesel ein, die in 5 Abteilungen Ehe-Ausstattungen, Damen- und Herren-Wäsche, Mode-Artikel, Wolle u. Handarbeiten in reicher Auswahl und in modernster Form zur Schau stellt.

Als einzige Textilfirma aus dem Bezirk hat Herr A. Mezger, Heuchlingen, ausgestellt, der hübsche Aussteuer-Artikel zeigt.

In der Rückwand der Turnhalle hat die Messeleitung einen

Ehren-Hain

errichtet, der in stilvoller Aufmachung dem Gedächtnis des jüngst verstorbenen Reichspräsidenten u. Generalfeldmarschalls von Hindenburg geweiht ist. Zwei SS.-Männer halten Wache an der Büste dieses großen Toten, den jeder Messebesucher mit erhobener Hand grüßen möge.

Bei der Fortsetzung unseres Rundgangs stoßen wir dann auf den Ausstellungsstand der Firma Karl Stelzer, Aalen, die neben ihren vielen Korbmöbeln und Korbwaren reizende Bastarbeiten zeigt.

Recht interessant ist auch die Ausstellung des Parkettgeschäftes Gebrüder Vogel, Aalen mit seinen verschiedenen Tafel-Kunst-Parketten.

Die Möbelwerkstätte Paul Rieder, Aalen ist nochmals vertreten in der Turnhalle mit einem Schlafzimmer,

daneben finden wir die Ausstellung der Möbelfabrik Gottfried Simon Söhne, die besonders schöne Buffets zeigt.

Ganz neuartige Raumkunst zeigt uns die Bau- und Möbelschreinerei Josef Kaiser mit ihrem Wohnzimmer-Schrank, der eine neue Auffassung über Verwendungsmöglichkeiten von Möbeln aufkommen lässt. Dieser Wohnzimmerschrank ist sicher eines der interessan-

Die Werbung der Firma Radio-Böhlinger ist recht markant. Ueber dem sehr geschmackvoll aufgemachten Stand, der Radio-Geräte aller Fabrikate und neuesten Systeme zeigt, finden wir ein sehr hübsches Transparent, ebenfalls von Fritz Nuß entworfen, das auf die vielseitigen Bemühungen dieser strebsamen Firma hinweist. Für den Radio-Liebhaber ist dieser Stand eine unerschöpfliche Fundgrube von Neuigkeiten.

Das größte Industrie-Unternehmen unseres Bezirks, die Schwäbischen Hüttenwerke Wasseralfingen haben in der Mitte der Turnhalle einen Stand aufgebaut, der in seiner Reichhaltigkeit hochinteressante Einzelheiten aus dem vielseitigen Produktionsprogramm dieses großen Werkes bringt. Was sollen wir alles erwähnen: die Erzeugnisse der Eisengießerei, des Ofenbaus, des Maschinenbaus, des Walzwerks, der Zieherei. Für den Fachmann bildet dieser Stand ebenso wie für den Laien eines der interessantesten Objekte der Braunen Messe.

Ihm steht nicht nach die Ausstellung der Ostertag-Werke, die modernste Kassen-schränke, Stahltürren und raffinierte Kassen-schrankschlösser zeigt. Als Neuestes bringen die Ostertag-Werke eine Gasdruck-Türe für Luftschuhräume, einen Kartenschrank modernster Form, ferner Stahl-Kleidergränze und Stahl-Möbel. Interessant ist ein Vergleich mit einem ebenfalls aufgestellten Schrank der Firma aus dem Jahre 1876. Bei dem Vergleich des alten Schrankes mit den neuen Erzeugnissen fällt so recht der Fortschritt der industriellen Entwicklung ins Auge.

Für den Musikfreund hat die Firma Hägele drei Pianinos neuester Konstruktion ausgestellt, die in ihrer ganzen Form den heutigen Wohnungsvorhältnissen angepaßt sind. Daneben finden wir auf diesem Stand noch ein Harmonium.

Auch die Wände der Turnhalle dienen der Reklame.

So finden wir ein großes Transparent von Mayer's Spezial-Einmachfassig, ferner eine sehr originelle Reklame von Optiker Rau,

und endlich eine die Geschichte der Papierverarbeitung aufzeigende Wandtafel der Firma Gebrüder Palm, Papierfabrik Neuköthen.

*Das „Waldheim“ des
Arbeiterturnvereins Jahn
wurde 1933 vom NS-Staat
beschlagnahmt und 1935
der Stadt Aalen übertragen.*



Unterbringungsfragen

Die Anspruchshaltung der NSDAP und ihrer Gliederungen gegenüber der öffentlichen Hand beschränkte sich nicht nur auf die Nutzung der Bohlschule als Ausstellungsfläche oder die Aufforderung, entsprechende Hakenkreuzfahnen für die Schmückung des Geländes zu beschaffen. Schon im Februar hatte die Führung der SA-Standarte 247 den Antrag gestellt, hinter der Ziegelwarenfabrik im Greut ein Gebäude zu erstellen, dass „gasdicht sein und 30 - 50 Mann bequem Platz bieten sollte“.⁴²

In derselben Ratssitzung wurde die Unterbringungsfrage für Ausrüstungen und Bekleidungsgegenstände der Standarte behandelt. Zu diesem Zeitpunkt hatte man bereits das in städtischem Besitz befindliche Anwesen Bahnhofstraße Nr. 83 besichtigt und für diese Zwecke als geeignet befunden. Durch den Umzug war es wiederum möglich, das Zollamtsgebäude, in dem die „nationalen Verbände“ bislang untergebracht waren, zu räumen. Die Geschäftsstelle der Hitlerjugend, sollte in das Hintergebäude beim Arbeitsamt an der Schulstraße umziehen und die „nötigen Arbeiten durch das Stadtbauamt auf städtische Kosten ausgeführt werden“.

Auch bei der Verwendung des Waldheims im Rohrwang, das 1933 konfisziert worden war, waren die HJ sowie die SA im Gespräch. Das Gebäude befand sich erst in vorläufiger Verwaltung der Stadt und wurde 1935 für 3100 RM durch einen Erlass des württembergischen politischen Landespolizeiamts unter der Bedingung übertragen, „dass diese Vermögensstücke den nationalsozialistischen Vereinigungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden“. Damit war erst eine weitere Etappe der Raumbeschaffung für die Parteigliederungen erreicht, die auf Kosten der Stadt umso größere Ausmaße annahm, je weiter sich die Parteiformationen in Aalen ausbildeten. Insbesondere meldeten die rasant anwachsenden Gefolgschaften und Fähnlein von Hitlerjugend und BDM lautstark ihren Raumbedarf an.

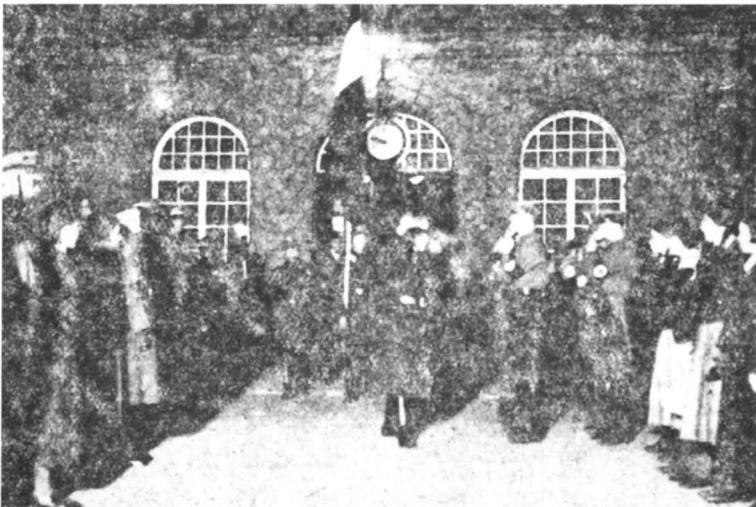
Jugend im Gleichschritt

Die Aufnahme der „Scharnhorstjugend“ im Juli sowie der „Kaufmannsjugend des DHV“ im November 1933 hatte im Bezirk Hohenstaufen (Bann 123) für ein deutliches Anwachsen der Mitgliederstärke der HJ gesorgt. Im Dezember 1933 wurden 4536 Hitlerjungen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren gezählt. Die Stärke der 13 Spielmannszüge belief sich auf insgesamt 183 Jungen.⁴³ Sie verteilten sich innerhalb des Bannbereichs 123 auf neun sogenannte „Unterbanne“, deren Ausdehnung den Oberämtern Aalen, Neresheim, Heidenheim, Ellwangen, Göppingen, Geislingen, Schwäbisch Gmünd, Schorndorf und Welzheim entsprach.

Aufgrund seiner beruflichen Belastung als Redakteur der Kocherzeitung hatte K. J. Müller seine Funktion als HJ-Oberbannführer für Württemberg Nord zum 1.12.1933 abgegeben. Seine Nachfolge übernahm Oskar Uhland in Heilbronn. Dagegen behielt Müller die Führung des HJ-Banns 123 bis Juni 1935. Nach seinem Aufstieg in den Stab der Gebietsführung verließ er Aalen. Am 8. Juni 1935 wurde Helmut Hinderer als neuer Führer des HJ-Banns 123 in Aalen eingesetzt.

Seit Oktober 1933 bildeten die vier Standorte Aalen, Unterkochen, Wasseralfingen und Essingen den Unterbann II/123. Der Standort Ebnat und Umgebung zählte aufgrund seiner geographischen Lage zum Oberamt Neresheim und damit zum HJ-Unterbann III/123. Bis zu ihrer Vereinigung im Juli 1934 bestanden in Aalen zwei HJ-Gefolgschaften. Ab August setzte sich die neu gebildete Gefolgschaft 1/II/123 aus vier Scharen, einer Technikschar, einer Fliegerschar sowie dem Spielmannszug zusammen. Dabei dürfte es sich um schätzungsweise 260-300 HJ-Jungen gehandelt haben. Im Mai 1933 hatte die Hitlerjugend in Aalen erst aus 60 Mitgliedern und 160 Jungen im Jungvolk bestanden.

Auch wenn es bislang keine genauen Zahlen vorliegen, so belegt doch die



Am 24. 1. 1934 „weihte“ Reichsjugendführer Baldur von Schirach in der Garnisonkirche von Potsdam 342 Fahnen für die Banne der Hitlerjugend. Zwei Tage später wurde die Fahne des Banns 123 vor dem Bahnhof in Aalen in Empfang genommen.

Die „Jugend des Führers“ mit Landsknechtstrommeln und Fanfaren.



organisatorische Neuordnung des Jungbanns Staufen 123, die Mitte Januar 1934 vollzogen wurde, dass auch im Bereich des Jungvolks der HJ starke Neuzugänge zu verzeichnen waren. Fortan sollten die insgesamt 11 Fähnlein dieses Bezirks mit den 10-14jährigen Pimpfen zu drei Jungbannen gruppiert sein. Zusammen mit Gmünd und Welzheim bildete das Oberamt Aalen den Jungbann II/123. Er stand ab April 1934 unter Führung von Wilhelm Koepff. Der Jungbann I/123 mit Zuständigkeit für die Oberämter Ellwangen, Heidenheim und Neresheim, und somit auch für Ebnat und Waldhausen wurde von Oberjungbannführer Georg Etzinger in Heidenheim befehligt.⁴⁴

Die Organisationsebene unterhalb des Jungbanns war der sogenannte Stamm. Er sollte in der Regel aus 4 Fähnlein bestehen, in dem jeweils bis zu 50 Jungen zusammengefasst waren. Da der Stamm Aalen im Jahr 1934 jedoch aus fünf Fähnlein bestand, ist davon auszugehen, dass sich seine Stärke auf 220 bis 250 Kinder belief.

Die Aalener Fähnlein „Palm“, „Schubart“ und „Bärenstein“, die im April 1934 nach der Beförderung Wilhelm Koepffs dem neuen Stammführer Richard Barnickel unterstellt wurden, bestanden den Vorgaben entsprechend aus jeweils 3 Jungzügen. Dasselbe gilt auch für das Fähnlein „Braunenberg“ in Wasseralfingen unter Standortführer S. Maschke. Das Fähnlein „Kocherburg“ unter dem Kommando von E. Dobler war für die Kinder aus Unter- und Oberkochen vorgesehen und könnte zahlenmäßig etwas schwächer gewesen sein.

Die weibliche Jugend war im Bund Deutscher Mädel (BDM) bzw. die 10-14jährigen als Jungmädel organisiert. Aus den Wochenplänen, die in der Kocherzeitung unter den Parteiamtlichen Bekanntmachungen („Schwarzes Brett“) veröffentlicht wurden, ist erkennbar, dass im Zeitraum von März bis September 1934 die Zahl der Mädelschaften von 6 auf 10 anstieg. Jeweils drei Mädelschaften bildeten eine sogenannte Mädelschar, drei von diesen die Mädelgruppe Aalen 1/II/123. Da die Mädelgruppe Wasseralfingen die Bezeichnung 5/II/123 erhielt, ist davon auszugehen, dass der sogenannte BDM-Ring Aalen, der unter der Leitung von Julie Rall stand und der Unterbannebene bei der HJ entsprach, sich aus 5 Gruppen zusammensetzte. Die üblichen vier Gruppen hätten eine Sollstärke von 600 Mädchen aufgewiesen. Im Mai 1933 waren noch 50 BDM-Mädchen und 120 Jungmädel in der Kocherstadt gezählt worden.⁴⁵ Hiervon gab es im August 1934 in Aalen 8 und in Wasseralfingen 3 Scharen.

Dieser deutliche Mitgliederzuwachs, der ab Frühjahr 1934 in allen Bereichen der NS-Jugendorganisation erkennbar ist, ergab sich vor allem durch die Übernahme der evangelischen Jugendverbände. Im Bann 123 erfolgte die „Eingliederung des evangelischen Jugendwerks“ am 19. Februar 1934 an verschiedenen Standorten gleichzeitig.

Aufnahme der evangelischen Jugend

In Aalen fand das feierliche Zeremoniell auf dem Adolf-Hitler-Platz vor dem Bahnhof statt. Laut Zählung der Kocherzeitung waren 1241 Jungen und Mädchen der evangelischen Jugend aus Aalen, Wasseraufingen und Unterkochen mit ihren Wimpeln und Trommeln zusammengekommen, „um zur Fahne Adolf Hitlers“ zu schwören. Selbst wenn diese Zahl nicht nachprüfbar ist und daher sehr fragwürdig erscheint, besteht kein Zweifel über den Zweck der Zusammenkunft. Wie der für das evangelische Jugendwerk zuständige Stadtpfarrer Herrmann ausführte, wollte sich auch die evangelische Jugend zum „Träger und Schirmer des Dritten Reiches“ schulen lassen. Um dies zu erreichen, sollten seiner Meinung nach „alle unter dem gleichen Banner in gleicher Kleidung stehen und arbeiten“. „Den Wahlspruch „alles für Deutschland“ bringen wir mit. Auf der Seele brennt uns neben dem Zeichen des Vaterlandes und mit ihm im Bunde: Christus. Alles für Deutschland und Deutschland für Christus! So grüßen wir die Jugend, deren Teil ihr nun seid! So wachse heran eine treue, einige, starke Jugend und damit ein starkes und einiges Deutschland.“⁴⁶

HJ-Bann-Führer K.J. Müller begrüßte seinerseits die evangelischen Jugendlichen und versprach ihnen, „dass sie vom ersten Augenblick ihres Einschwenkens an in uns treue Kameraden und Freunde finden sollen. [...] Sie werden dann, wenn sie im Gleichschritt mit unserer HJ marschieren, wenn ihre Lieder im Gleichklang mit den unseren erschallen, fühlen, dass sie ein Stück von uns, von der deutschen Jugend sind, das eine endgültige Heimat gefunden hat.“

Dass dies nicht in einem partnerschaftlichen Sinne gedeutet werden konnte, bemerkten die Vertreter der evangelischen Kirche in der Region sehr bald. Auf ausdrücklichen Wunsch des Vertrauensmanns im evangelischen Jugendwerk fand am 11. Mai ein Unterbannführertreffen statt, dessen „Zweck die Klarlegung der vertraglich abgeschlossenen Bedingungen nach ihrer Auswirkung in der Praxis“ war. Wie der knappen Notiz in der Kocherzeitung zu entnehmen ist, muss es vor allem in Lauterburg unterschiedliche Auffassungen über die Mittel und Wege gegeben haben, mit denen die in Aalen verkündeten Zielsetzungen erreicht werden sollten.

Bereits im Herbst 1933 war das Aufnahmeverfahren der DHV-Jugend nach ähnlichem Muster verlaufen. Hatte es anfangs noch Stenografiekurse und eine Übungsfirma der HJ für die Kaufmannslehrlinge gegeben, so war davon gegen Ende des Jahres keine Rede mehr. Wenn der Bannführer der Staatsjugend jetzt in seinem Bericht in der Kocherzeitung zusammenfasste, dass „alle Differenzen, die bisher noch bestanden haben mochten“, ausgeräumt seien, dann konnte dies nur bedeuten, dass die Nationalsozialisten fortan den Kurs bestimmten.



Bannführer K.J.Müller
(rechts) beim Sporttag des
HJ-Banns 123 in Aalen,
1. und 2. 9. 1934,

Bestätigt wird diese Interpretation durch den Bericht von Dekan Langbein, der rückblickend feststellte, dass die „irgendwie christlich gesinnten“ HJ-Mitglieder schon sehr bald nach der Eingliederung einen schweren Stand hatten. Trotzdem hörten die Jugendverbände jedoch nicht auf, ihre kirchlichen Aufgaben durchzuführen. „Die Bibelarbeit wurde in diesen Kreisen jetzt erst umso intensiver aufgenommen. Auch die Betätigung der Gemeindejugend in den Gottesdiensten und besonderen Veranstaltungen der Gemeinde (Advent, Weihnachten, Altenabende, Singwochen usf.) wurde umso reger gepflegt“. Es hing letztlich von jedem einzelnen ab, ob und wie lange er dem ohne Zweifel vorhandenen Druck in der Staatsjugend, sich für die „richtige Sache zu entscheiden“, standhielt bzw. sich am Leben der immer weiter zusammenrückenden evangelischen Kirchengemeinde beteiligte.⁴⁷

„Nicht herrschen wollen, sondern dienen“

Von einem „Einschwenken“ der katholischen Kirche konnte dagegen keine Rede sein. Bereits am 19. Februar hatte K. J. Müller in ihre Richtung erklärt: „Wir können darum auch nicht Halt machen vor denen, die noch draußen stehen, deren Führer heute noch versuchen, ihre Jugend von dem Eintritt zur HJ, fernzuhalten. Wir Hitlerjungen müssen alle diejenigen, die ihre Jugend uns vorenthalten wollen, als Verräter an dem Gedanken der Volksgemeinschaft brandmarken.“

Unbeeindruckt von diesen verbalen Attacken demonstrierte die katholische Kirche in Aalen ihren Willen zur Eigenständigkeit am 7. Mai 1934 mit einer Versammlung der eigenen Jugendverbände im Saal des Gasthauses zur Eintracht. Als Referenten hatte der Vorsitzende des Aalener katholi-



Aalener HJ auf
Pfingstfahrt 1934.

schen Jugendverbandes, Vikar Nusser, den Führer des Bundes Neudeutschland, Jesuitenpater Esch, aus Köln geladen. Rhetorisch geschickt, verband dieser seinen „Dank an den Führer des Volkes“ mit dem Appell an die Jugendlichen im überfüllten Saal, die christlichen Werte zu leben.

Durch das Reichskonkordat, das am 20. Juli 1933 in Rom zwischen dem Vatikan und der deutschen Reichsregierung abgeschlossen worden sei, habe der Reichskanzler „das Christentum als Grundlage des neuen Aufbaues erklärt“. Nun wäre es an der katholischen Jugend, für eine deutsche Zukunft zu arbeiten. Völlig außer Zweifel stand für den Jesuitenpater allerdings, dass nur das Christentum Grundlage dieses Aufbaues sein konnte.

Dies war nicht nur eine deutlich Absage an „Deutsche Christen“ und „Gottgläubige“. Auch gegenüber den Kernthesen der nationalsozialistischen Weltanschauung äußerte der Jesuitenpater grundlegende Vorbehalte. „Ein zweiter Punkt: Christentum ist Gnade. Jeder von uns, mag er sein wie er will, er muss niederknien vor dem Herrgott. Es gibt kein Volk und keine Rasse, auch die beste und wertvollste nicht, die nicht erlöst werden muss. Wir müssen wiedergeboren werden, nicht nur aus dem Blute, sondern aus Gott dem Herrn.“

Die Zahl der Jugendlichen, die in den Verbänden der katholischen Kirche organisiert waren, bezifferte Pater Esch auf ca. 1,1 Millionen Mitglieder. Ihre „Gesinnung und Tat“ wäre ein Gewinn für den Staat. Allerdings verband er mit diesen Begriffen etwas ganz anders, als die NS-Redner. „Wenn ich Gesinnung sage, dann sage ich Freude, Glauben an die Sache; wenn ich Tat sage, sage ich dienen, nicht herrschen wollen, sondern dienen und immer wieder dienen.“

Diese deutlichen Worte des Jesuitenpater brachten den Bann-Führer und Redakteur der Kocherzeitung K. J. Müller so in Harnisch, dass er seinem knappen Bericht über die Versammlung eine Entgegnung beifügte, die dreimal so lang war.



Demonstration des Glaubens: Katholische Jugendgruppen in der Friedrichstraße beim „Bischofstag Katholischer Jugend“ in Aalen am 9. 12. 1934.

Keine Existenzberechtigung für „Sondergruppen“

Als Anknüpfungspunkt wählte er zunächst die Feststellung von Pater Esch, während des 1. Weltkriegs sei niemand „wegen seines Glaubens schief angesehen worden“. Hier vermisste K.J. Müller die „notwendige Ergänzung, dass auch im neuen Deutschland die Konfession keine Rolle spielt in der Bewertung des Volksgenossen“. Da dieser neue Staat vom „Geist des Frontsoldaten“ getragen sei, müsse der „im Felde herrschende Geist der Kameradschaft und Zusammenghörigkeit über alle Konfessionsunterschiede hinweg zu einem Dauerzustand im deutschen Volke gemacht werden“. Daher betrachtete er, die Ausführungen des Jesuitenpater als einen

abzulehnenden Versuch, das Fronterlebnis dahin umzubiegen, „dass man die Existenzberechtigung von Sondergruppen rechtfertigen will“.

Eschs Bemerkung, er würde zusammen mit seinen Getreuen für das Abzeichen der katholischen Jugendverbände zu sterben bereit sein, wollte Müller nicht auf die Goldwaage legen. Er würde dagegen „dem Herrn Pater wie all denen, die dieses Abzeichen heute noch tragen zu müssen glauben, ein längeres Leben wünschen, als es diesem Abzeichen, wenigstens in Deutschland, beschieden sein wird“.

Schließlich beendete Müller seine Tirade mit einer unverhohlenen Drohung. „Übrigens, der Herr Weihbischof Fischer hatte durchaus Recht, wenn er gestern in Neuler in seiner Predigt sagte, dass alles Schädliche von der Jugend ferngehalten werden müsse. Darunter verstehen wir [Nationalsozialisten] ganz besonders alle Bestrebungen, die darauf abzielen, die Einigkeit der deutschen Jugend zu hinterreiben und dadurch die Zukunft dieser einst zur Nation gewordenen deutschen Jugend in Frage zu stellen. Denn Deutschlands Schicksal hängt nun einmal ab von der Größe seiner Einigkeit.“

Am 26. Mai 1934 reklamierte die Aalener HJ erneut bei einer öffentlichen Feier ihren alleinigen Führungsanspruch. Das Waldheim im Rohrwang, das dem Arbeiterturnverein Jahn abgenommen worden war, wurde der SA sowie der HJ bis auf weiteres zur Verfügung gestellt. Das neue Heim sollte zum „bleibenden Gedenken Schlageters“ dessen Namen erhalten. Bannführer Müller versäumte nicht, den ungefähr 1000 Jugendlichen weitere Namen von NS-Märtyrern wie Horst Wessel oder Gerd Norkus in Erinnerung zu rufen. Im Kern zielte seine Ansprache jedoch in eine ganz andere Richtung. „Lange genug haben wir gewartet - wir fragen nur noch: Schämen sich die nicht, die noch abseits stehen, dass sie nicht das Vermächtnis des Führers mittragen? Die HJ ist der Garant für die Einigkeit des deutschen Volkes. Weil die Uneinigkeit Deutschlands Verderben ist, muss alles bei uns sein.“

Dass wiederum die „Außenseiter in Neudeutschland oder der Katholische Jungmänner Verein“ als Adressaten gemeint waren, geht aus einer Ergänzung im Bericht der Kocherzeitung hervor. Im Namen der Partei verwahrte sich das Blatt „energisch dagegen, dass sich im Hintergrund Angehörige der Katholischen Jugendverbände über die Worte des Bannführers lustig gemacht“ hatten. Die offene Drohung am Ende des Artikels, die „Lausbuben nunmehr zu kennen“ und „in Zukunft zu wissen, was zu tun sei“, ist nicht nur ein treffender Beleg für das immer anmaßendere Auftreten der NS-Jugendorganisation, sondern lässt vielmehr auch die Einbindung in eine breiter angelegte Kampagne erkennen. Am selben Wochenende, als die HJ ihre neuen Räumlichkeiten einweihte, sprach der Württembergische Innen- und Justizminister Jonathan Schmidt im Löwenkeller. Die Veran-

staltung war der Auftakt für den „Feldzug gegen die Miesmacher“, der in den folgenden Wochen in den Bezirken der NS-Kreisleitungen Aalen, Ellwangen und Neresheim durchgeführt wurde.

Nur wenige Tage nach dem Start wandte sich Kreisleiter Kling mit einem offenen Brief an die Elternschaft, um sie: „auf eventuelle zukünftige Schädigungen ihrer Kinder aufmerksam zu machen“. Dem allgemeinen Tenor der Veranstaltungen entsprechend stellte er fest, dass auch in „seinem Kreis“ die Bestrebungen, alle Jugendlichen in der „Staatsjugend“ zusammenzuführen, auf Widerstand stießen. Statt im einzelnen auf die Gründe einzugehen, erklärte er sie pauschal „für nicht stichhaltig“. Alle Väter, die ihre Kinder von der HJ fernhielten, sollten sich von der „veranlassenden Stelle schriftlich garantieren lassen, dass sie für Schädigungen aufgrund der Nichtmitgliedschaft bezüglich einer späteren Nichtverwendung in staatlichen, halbstaatlichen und körperschaftlichen Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen wie im Reichsheer, bei der Reichsbahn, bei der Reichspost, bei der Polizei u.a. aufkommen“ würden. Sollte diese Gewähr nicht übernommen werden, so seien die Väter selbst für die berufliche Zukunft ihrer Kinder verantwortlich.

Welcher Courage und moralischen Stärke es bedurfte, um diesem massiven Druck stand zu halten, lässt sich nur erahnen.

Kampf um den Jungarbeiter

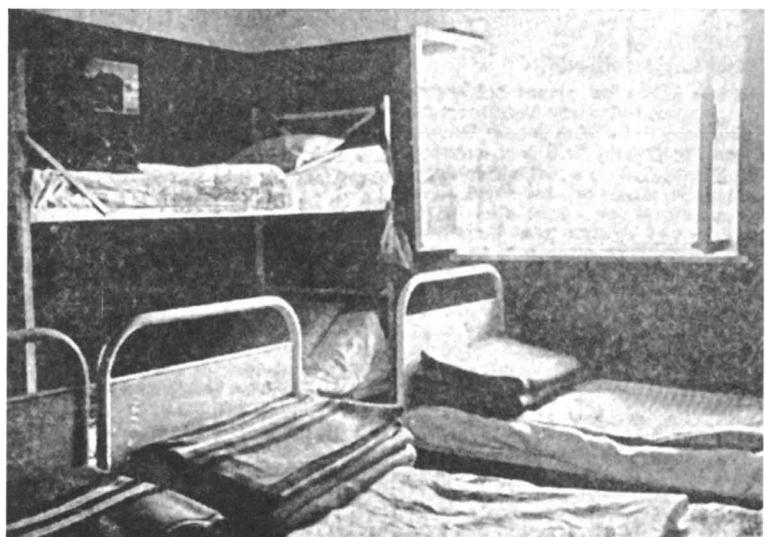
Dass die „Sorgen des Kreisleiters“ keineswegs als Propaganda abzutun waren, machte wiederum die HJ mit ihrem „Kampf gegen die Reaktion“ deutlich. Sie hatte am 8. Juni 1934 über 970 Jugendliche auf dem Adolf-Hitler-Platz antreten lassen, um für eine 14-tägige Freizeit der Jungarbeiter zu demonstrieren. Neben dem Sozialreferent des HJ-Banns Koch sprach auch der Kreisinspekteur der deutschen Arbeitsfront, PG Sauerborn zu den Jugendlichen. „Wir verlangen, dass jedem Lehrling eine menschliche Behandlung zukommt, das er hingestellt wird, wo er etwas taugt und nicht, dass er einfach bloß ausgebeutet wird, sondern dass er auch wenigstens einmal im Jahr ausspannen darf, wo er neue Kraft für seine Arbeit holt.“

Wie eng die „Sorgen“ der führenden NS-Funktionäre auf Bezirksebene miteinander verknüpft waren, wird deutlich, wenn man bedenkt, dass der Jungarbeiter seine Freizeit nicht in einem privaten Urlaub verbringen sollte, sondern in einem HJ-Erholungsheim, wie z.B. dem auf dem Himmelreich bei Schwäbisch Gmünd eröffneten Hermann-Göring-Haus. Hier war eine störungsfreie staatspolitische Schulung gewährleistet und wer sich dem als besorgter Elternteil oder aus konfessionellen oder weltanschaulichen Gründen verschloss, spielte mit der beruflichen Zukunft seines Kin-

des. „Die HJ als Mitgestalterin und Formerin des deutschen Menschen der Zukunft, will die Seele der heranwachsenden Jungen immunisieren gegen die Ideen der Französischen Revolution und des asiatischen Bolschewismus. Sie will die deutsche Jugend fest in der deutschen Heimat und Landschaft verankern, um sie vor jedem Allerwelts-Internationalismus zu schützen. Sie will den in Volk und Heimatboden fest verwurzelten deutschen Menschen gleichberechtigten Volksgenossen und nicht den Proleten der liberalistischen Zeit. So ist auch dieses Freizeitlager eine Erziehungsstätte im nationalsozialistischen Geist“

Gleichzeitig ließ sich durch die Kampagne aber auch feststellen, inwieweit die Aalener Betriebe bereit waren, „dem Sozialismus der Tat“ zu folgen. Emissäre der HJ wurden gezielt in die Betriebe geschickt, um die Bereitschaft der Firmenleitung abzufragen, den Jungarbeitern Urlaub zu geben. Während sich bereits am 1. Juni 1934 die Ostertag-Werke zu einer engen Mitarbeit bereit erklärten, verdeutlicht das Beispiel des Unternehmens Hengel & Co., wie mit einem Betrieb umgesprungen wurde, der den Planungen ablehnend gegenüber stand.

Als Mitglied der pietistischen Gemeinschaft in Aalen akzeptierte der Firmenchef das Ansinnen der HJ nicht und teilte seiner Kundschaft per Flugblatt seine Haltung mit. Dies rief wiederum Kreisleiter Kling auf den Plan, der per Zeitung Maßnahmen androhte, wenn sich „zukünftig derartige Fälle der Verächtlichmachung einer der nationalsozialistischen Bewegung angehörenden Organisation“ wiederholten. Hengel gab vorerst nicht nach. Wie die Leitung des Banns 123 am 26.6. 1934 mitteilte, konnte ihn



Mehrbettzimmer im Jungarbeiter-Freizeitheim des Banns 123 auf dem Himmelreich bei Heubach.



Der HJ-Bann 123 erwarb am 14. 5. 1934 das Freizeitheim der 1933 enteigneten „Naturfreunde“

Auf dem Himmelreich:
Während der Sommermonate verbrachten in vierzehntägigem Wechsel bis zu 70 in der HJ organisierte Jungarbeiter ihre „Freizeit“ im „Hermann-Göring-Haus“. Das Heim unterstand der Aufsicht von Unterbannsführer Dollinger aus Ellwangen. Die Wirtschaftsführerin und ihre beiden Helferinnen kamen aus dem BDM-Schulungslager Mistlau bei Crailsheim. Anfang August 1934 wurde das zweite Freizeitlager des Banns 123 in der Nähe des Waldcafés Muckensturm bei Lorch eröffnet.

erst eine Aussprache vor dem Vertreter des Wirtschaftsministeriums in Stuttgart dazu bewegen. Welche Mittel hierfür eingesetzt wurden, ist nicht bekannt. Allerdings lässt die Mitteilung aufhorchen, dass 4 Wochen später der Sozialreferent des HJ-Banns 123 nach der Besichtigung der Firma und „der Einsichtnahme in die Lohnbücher“ feststellte, dass jeglicher Vorwurf ungerechtfertigt sei.

Gleichzeitig ging es auch darum, die Geister, die man gerufen hatte, wieder zu bändigen. Offensichtlich gab es auch von den Hitlerjungen aufgestellte Behauptungen, die sich als nicht ganz stichhaltig erwiesen. Abschließend heißt es in dem Bericht: „Bei dieser Gelegenheit möchten wir betonen, dass die HJ für den Sozialismus kämpft, dass diesem Kampf aber durch leichtsinnige und ungerechtfertigte Beschuldigungen von Seiten der Hitlerjugend nur Abbruch getan wird“.⁴⁸

Schafft Heime

Nach Ausfahrten, Tagungen oder Aktivitäten im Bereich von Sport und Fliegerei konzentrierte sich die Aktivitäten von HJ, BDM oder Jungvolk ab der zweiten Oktoberhälfte 1934 in erster Linie auf die Beschaffung von Versammlungsräumen.

*Hitlerjungen vor der Fahne
des Banns 123 beim
Bannsporttag in Aalen am
1./2. 9. 1934.*



Öffentlich in Gang gebracht wurde die Kampagne für den gesamten Gau Würtemberg durch eine Ansprache des Reichsstatthalters Murr im Reichssender Stuttgart. Der Appell richtete sich an private Hausbesitzer ebenso wie „die Bauernschaft, die Industrie oder den Handel“. Es sollten Zimmer zur Verfügung gestellt werden, in denen die Jugend sich wohl-fühlen kann“. Murr ließ keine Zweifel darüber aufkommen, was er damit meinte. Wenn die Aufgabe der Schule darin bestand, „das geistige Rüstzeug für den Lebenskampf zu vermitteln“ und das Elternhaus immer die Heimat für das Herz und die Seele bleiben sollte, so war seiner Meinung nach das HJ- oder BDM-Heim der Ort, „wo die Jugend das Erlebnis der Volksgemeinschaft erfahren“ sollte. Dieses Ziel konnte mit „vielfach unzulänglichen“ Heimen nicht erreicht werden.⁴⁹

Es dauerte nur einen Tag, bis auch der HJ-Standort Aalen mit einer spektakulären Aktion vor dem Bahnhof seine Ansprüche auf eine verbesserte Unterbringung geltend machte. Der „öffentliche Heimabend“, den 175 Hitlerjungen unter freiem Himmel abhielten, sollte nach den Worten von Bannführer K. J. Müller verdeutlichen, dass die HJ „in der kommenden Winterszeit ihrer Aufgabe nur nachkommen kann, wenn jede ihrer Gliederungen ihr Heim hat [...] Das Heim ist die Grundlage der Kameradschaft in der HJ. Im Heim wächst die Gemeinschaft, hier sitzt der Jungarbeiter mit dem Schüler, der Lehrling mit dem Angestellten zusammen, hier

lernen sie sich kennen und verstehen, erfüllt von der gleichen Idee, getragen vom gleichen Wollen.“ [...] Die HJ muss es ablehnen, in Schulsälen und Wirtschaftsstuben ihre Heimabende abzuhalten, man kann ihr auch nicht mehr zumuten, in Ställen oder in gegen Regen und Kälte schlecht geschützten Hütten (oder in Räumen, die so hundsmiserabel beleuchtet sind, wie der Aalener Marktplatz), ihren Kameradschaftsbetrieb zu entfalten, sie hat als Jugend des neuen Staates ein Recht darauf, zu fordern, dass alle Volksgenossen das Ringen der Jugend um eigene Heime zu ihrer eigenen Gelegenheit, zu ihrer eigenen Sorge machen.“⁵⁰

So spektakülär diese Propagandaaktion auch erscheinen mag, ohne die immer deutlicher zu spürende „Hand des neuen Staates“ hätte sie den erzielten Erfolg nicht gehabt. Dieser sorgte durch entsprechende Erlasse und Vorgaben hinter den Kulissen dafür, dass die eingeforderte Qualitätssteigerung im Standard der Versammlungsräume tatsächlich eintrat. Bereits vor den Aktionen in der Öffentlichkeit wies Reichserziehungsminister Rust die Länder per Erlass an, das Programm der Reichsjugendführung mit Räumlichkeiten in Schulen zu unterstützen. Die in Stuttgart ansässigen HJ-

HJ-Hoheitszeichen über dem Bann 123: Von Aalen aus erfolgte die zentrale Leitung und Verwaltung der Unterbanne Ellwangen (I), Aalen (II), Neresheim (III), Welzheim (IV), Schorndorf (V), Göppingen (VI), Schwäb. Gmünd (VII), Geislingen (VIII) und Heidenheim (IX). Der Bannstab war in mehrere Abteilungen gegliedert. Neben den Bereichen Finanzen, weltanschauliche Schulung, Kultur, Rundfunk, Propaganda und Gesundheitsdienst (Bannarzt Dr. Roemer, Aalen), verfügte allein die Sozialstelle des Bans über fünf Unterabteilungen. Diese waren zuständig für die Jugendpflegearbeit, das Jugendrecht, die Jugendgerichtshilfe sowie für die Berufsberatung und die bäuerliche Jugend.



Ein „Schirach“-Heim in Aalen

Aalen, 19. Nov. Als letzten Samstag, der Himmel trübes Gesichtigte, und einziehender Regen eine Wandlung unmöglich machte, sahen wir wohlgeborgen zum erstenmal in unserem neuen Heim. Rauereibesitzer Chr. Schmid hat unsre Bitte entsprochen, und uns für diesen unter einen schönen Raum zur Verfügung stellt. Wir brauchten keine Hand mehr anstreben; alles war bei unserem Einzug schon richtig und vorhanden. Ein erst diesen immer neu gebauten, geräumigen und schönen Total fanden wir vor. Zwei Reihen Sitze und Stühle stehen im Saal, für jedes Gelegenheit. Auch für Heizung und Beleuchtung war schon georgt. Freudenstrahlend waren wir uns an; denn so schön halten wir uns nicht vorgestellt. Noch einmal soll verfolgen die Morgenstunden bei Arbeit und Lied, Spiel und Scherz. Abends fanden wir uns wieder zusammen zu einer kleinen Heimeröffnungsfeier. Unserer Einladung hatten auch unsere Führerin, Frau Adler und Herr und Frau Schmid folgeleistet. In einer feierlichen aber herzlichen Art kamen nochmals Freude und Dank über unser neues Heim zum Ausdruck. Der Jungadelsbund 1/11/123 ist jetzt auch ein heiter und erfüllt worden. Auch unser „Schirach-heim“ wird eine Stätte der Arbeit des Frohmanns, der Kameradschaft und Freundschaft sein.

Öffentlicher Dank des
BDM-Aalen für die
Übergabe des Heims
am 17. 11. 1934.

Gebietsführung wiederum meldete sich mit Bezug auf die „ergangenen Aufrufe und Erlasse“ Mitte Oktober bei den Kommunen in Württemberg und wies diese auf ihre Pflichten bei der Heimbeschaffung hin.

In Wasseralfingen dauerte es nur zwei weitere Wochen, bis der auch hier stark dezimierte Gemeinderat die Entscheidung traf, „in der Sache weiter tätig zu sein“.⁵¹

Die Gemeinde Unterkochen mietete Privaträume sowie Räumlichkeiten im Gasthof „Zum Hirsch“ an und stellte sie den NS-Jugendverbänden zur Verfügung. Die HJ in Fachsenfeld konnte die ehemalige Gärtnerwohnung im Schloss benutzen. Die Stadtverwaltung Aalen stellte weitere Klassenzimmer zur Verfügung.

Von privater Seite wurde eine Wohnung in der Mittelbachstraße angeboten, in welche die Standortverwaltung des Unterbanns II/123 einzog. Die freigewordenen Räume im Zollamt erhielt das Sozialamt des HJ-Banns 123. Auch der Standort Unterrombach kam unter. Im alten Schulhaus in Hofherrnweiler richtete die Ortsverwaltung ein Heim her und sah damit alle Schwierigkeiten gelöst. Der BDM-Standort Aalen benannte am 17. November einen Raum, der von Brauereibesitzer Christian Schmid zeitweise zur Verfügung gestellt wurde, zu Ehren des Reichsjugendführers als „Schirach“-Heim.⁵²

Auf gesichertem Fundament

Auch wenn dies nur Provisorien auf Zeit waren, so zeigte sich die Bannführung doch zufrieden. Zum mindesten für den kommenden Winter waren die Scharen und Gefolgschaften untergebracht.

Was aber noch viel wichtiger war: Im Lauf des Jahres hatte sich die HJ zu einer Organisation im Bann entwickelt, die ihren Alleinvertretungsanspruch der deutschen Jugend durchzusetzen wusste. Wenn es auch noch bis zum September 1936 dauern sollte, dass sie per Gesetz zur alleinigen Staatsjugend erklärt wurde, so ist doch nicht zu übersehen, dass die NS-Jugendorganisation im Hinblick auf Aktivität und Öffentlichkeitswirkung während des Jahres 1934 zu einer Spitzenposition unter den Parteidienstungen auf der Ostalb aufrückte.

Mit der Erziehung der Jugend im Sinne der NS-Ideologie war ihr eine auf die Zukunft gerichtete Aufgabe übertragen worden, die sie ab Juli 1934 konkurrenzlos erledigen konnte.

Für die SA - deren Mitglieder Obersturmbannführer Schmid ebenfalls „als Lehrer und Erzieher zum nationalsozialistischen, zum schlechthin deutschen Denken berufen“ sah - hatte Adolf Hitler nach dem sogenannten Röhmputsch am 30. Juni 1934 ganz andere Pläne.

Die Gleichschaltung der SA

Je weiter die „Gleichschaltung“ voranschritt und sich der NS-Staat etablierte, umso deutlicher wurde erkennbar, dass die SA in „Richtung Selbstzweck tendierte“⁵³. Die sogenannte „Kampfzeit“ war längst vorüber. Nach der Beseitigung der demokratischen Parteien im Sommer 1933 hatte Hitler die „nationalsozialistische Revolution“ für beendet erklärt. Im Grunde war damit die paramilitärische Kampftruppe der Partei ohne Aufgabe. Neben dem linken Flügel der NSDAP, die zu den sozialpolitischen Vorstellungen Gregor Strassers tendierte, forderten auch zahlreiche höhergestellte SA-Führer eine „zweite Revolution“. Stabchef Ernst Röhm dagegen entwickelte Pläne, die Truppe in eine Miliz umzuwandeln und der Reichswehr einzugliedern.

Zudem war im Januar 1934 das Anwachsen der Organisation zum Massenorgan in vollem Gange. Die NSDAP hatte eine Mitgliedersperre verhängt. Indem der Stabchef die Eintrittsbedingungen in „seine Sturmabteilung“, wesentlich großzügiger handhabte, entstand ein weiteres Konkurrenzverhältnis; in diesem Fall nicht zum Militär, sondern zur Führungsebene der NSDAP. Die Steigerung der Mitgliederzahl machte Umstrukturierungen erforderlich, die sich auch im Bereich der SA-Standarte 247 auswirkten, zu der die Stürme im Oberamt Aalen seit Juni 1933 zählten.

Neue Strukturen

Welches Machtpotential die funktionslose, aber deswegen nicht weniger selbstbewußte SA darstellte, konnten die Leser der Kocherzeitung im Januar 1934 entnehmen. Das Blatt zitierte aus einem Runderlass Röhms, der einige Klarstellungen bezüglich der korrekten Bezeichnung der Truppe und ihrer Gliederungen für angebracht hielt. „Die gesamte SA, d. h. alle der obersten SA-Führung unterstellten Gliederungen, werden in dem Begriff „Die SA“ zusammengefasst. Zur SA gehören daher: die eigentliche oder aktive SA. Sie setzt sich aus SA und SS zusammen, die SA Reserve I und II, sowie das NSKK. [...] „Der SA-Mann ist die Bezeichnung für alle Angehörigen der obersten SA-Führung unterstellten Gliederungen. Die Mehrzahl von SA-Mann heißt SA-Männer nicht SA-Leute.“⁵⁴

Die der Brigade 55 unterstellte Standarte 247 unterstand dem Kommando des bereits erwähnten Obersturmbannführers und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Aalener Gemeinderat Fridolin Schmid. Die im Runderlass bezeichneten Abteilungen der SA, bestanden auch in seinem Befehlsbereich, d.h. Anfang 1934 war die SS in Aalen wie andernorts noch eine Abteilung der SA, genauso wie das Kraftfahrerkorps

Ankündigung des Aufmarsches der SA-Brigade 55 auf dem Cannstatter Wasen am 30. 6./1. 7. 1934.



(NSKK) oder zeitweise die SA Reserve. Letztere war bis zum 20. Februar 1934 der Standarte R 414 Geislingen zugeordnet gewesen, die wiederum zur SA-Brigade 56 Ulm zählte. Die Übernahme des Landesverbandes Südwest des „Stahlhelm“, der 1919 als Frontkämpferbund gegründet worden war, führte zu weiteren Veränderungen, die auf eine größere Beweglichkeit und damit effektivere Einsatzmöglichkeiten der Verbände abzielte. Neben diesen Organisationsverfeinerungen entstanden auch in Aalen neue „Dienstgattungen“, wie ein Nachrichtensturm.⁵⁵ Um das Geld für die Ausstattung der neuen Trupps und Stürme zusammen zu bringen, setzte man auf ein probates Mittel. Für den 5. und 6. Mai 1934 wurde ein sogenannter „Ehrentag der SA in Württemberg“ angeordnet, an dem auch in der Kocherstadt eine breit angelegte Sammelaktion stattfand.



„Tag der SA“ in Aalen:
Obersturmbannführer
Fridolin Schmid und Sturmbannführer Dr. Oskar
Honold mit der Sammelbüchse in der Hauptstraße
(heute Reichsstädter Straße).

Spenden für die Ausrüstung

Auf Straßen und Plätzen standen SA-Männer mit ihren Sammelbüchsen oder waren paarweise unterwegs, um die Spenden an den Türen von Häusern und Wohnungen einzufordern. Selbst der Turmwächter der Stadt-kirche erhielt Besuch von zwei SA-Männern. Mit Plakaten behängte Fahrzeuge und Lautsprecheranlagen durchfuhren die Straßen, um für die Aktion zu werben. Die Standartenkapelle führte jeweils 2 Standkonzerte am Nachmittag und am Abend durch. Anschließend spielten die Musiker bei der öffentlichen Tanzunterhaltung im Löwenkellersaal auf.

Bevor es losging, erinnerte Standartenführer Fridolin Schmid in seiner Rede an den Sinn des Ehrentages: „Die SA hat die große Aufgabe zu erfüllen, den neugebauten Staat zu erhalten, Kritikern und Wühlmäusen aber das Handwerk zu legen. Der Zweck der Sammlung ist, die SA-Männer mit Ausrüstungsgegenständen zu versehen. Kein SA-Mann soll im kommenden Winter mehr ohne den notwendigen Mantel zum Dienst gehen.“

Neben dem zweckmäßigen Sammlungsziel dürfte sich auch die verbesserte wirtschaftlichen Lage positiv auf die Gebefreudigkeit der Bevölkerung ausgewirkt haben. Ohne konkrete Zahlen zu nennen, bedankte sich am 7. Mai 1934 ein unbekannter SA-Mann in der Kocherzeitung für das „freundliche Verständnis“ das allen Sammlern entgegengebracht worden sei. Seiner Meinung nach dokumentierte der „schöne Erfolg dieser Sammlung“, dass die Menschen in Aalen und auf der Ostalb die geschichtliche Aufgabe der SA verstanden hätten. Die SA sei nicht nur der Wächter des Staates, sondern habe auch für die „Zerschlagung aller Systemparteien und sonstigen Hetzvereinigungen“ gesorgt. Daher hätte der Führer selbst zu seiner SA gesagt: „Ihr seid die Garanten des neuen Reiches“.⁵⁶

Verschlüsselte Botschaften

Dass Gestapochef Heydrich, der Reichsführer der SS Himmler, der preußische Innenminister Göring sowie General von Reichenau, als Chef des Wehrmachtsamtes im Reichswehrministerium zu diesem Zeitpunkt bereits gegen die Verselbständigungsbemühungen Röhms konspirierten, war in der Öffentlichkeit mit Sicherheit nicht bekannt. Allerdings konnten selbst die Leser der Lokalpresse in Aalen nachvollziehen, dass sich eine Spannung aufbaute, die aus den eingangs skizzierten Verselbständigungsbemühungen der SA resultierten.

So berichtete die Kocherzeitung Anfang März über die außenpolitischen Ambitionen der SA. Ein SA-Ministeramt sollte Reichsminister Röhm als „politische Orientierungshilfe“ dienen und sich „mit außenpolitischen Fragen



Der Tonfilm zum „Tag der SA“ im Aalener Union-Kino, Bahnhofstraße 23: „Mind. 200 Personen einer NS-Organisation“ bezahlten für den von der „Obersten SA-Führung verfügten Besuch“ 50 Pfennig.



SA-Oberführer Berchthold,
Führer der Brigade 55.



Gruppenführer
Hanns Ludin, Führer der
SA-Gruppe Süd-West.



Adolf Hitler und der
Stabschef der SA,
Ernst Röhm (rechts).

beschäftigen“. Weiter hieß es ziemlich vage: „In innenpolitischer Hinsicht soll das Ministeramt dort eingreifen, wo es einmal Reibungen geben sollte, natürlich nur bei solchen Reibungen, die die Reichsstellen beschäftigen.“⁵⁷

Am 26. Juni druckte die Kocherzeitung in voller Länge die Rede ab, die Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess am Vortag in Köln gehalten hatte und die ebenfalls im Reichsrundfunk übertragen worden war. Nicht als Reichsmarschall, sondern als „politischer Führer und SA-Führer“ erteilte er den Forderungen nach einer „zweiten Revolution“ eine deutlich Absage. Die Kocherzeitung als „nationalsozialistisches Organ“ titelte mit der Kernaussage von Hess: „Es gibt nur eine Revolution - die des Führers!“

Dagegen baute der Stuttgarter SA-Oberführer und Kommandeur Berchtold in seine Vorschau auf die für den 30. Juni geplante „Biwak-Nacht“ der Brigade 55 auf dem Cannstatter Wasen einen bemerkenswerten Satz ein. „Aus den Zelten [werden] klingen die Lieder der SA, Lieder mit einer eigenen Sprache. In diesen Liedern schwingt der Rhythmus der Revolution, einer Revolution, die nie zu Ende gehen darf.“⁵⁸

Hätte sich Berchtold wie viele andere SA-Führer, die ganz ähnlich dachten, zu diesem Termin in Bad Wiessee befunden, so hätte auch er diese Nacht nicht überlebt.

Hitler schlägt zu

Nur 8 Wochen nach dem „Tag der SA“ in Aalen musste die überraschte Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, dass die sogenannten „Garanten des Reiches“ plötzlich zur Disposition standen. Hitler hatte sich mittlerweile gegen die Milizpläne Röhms entschieden und die unübersehbare Verselbständigungstendenz des „bewaffneten Machtfaktors“ SA mit zunehmendem Argwohn beobachtet.

In der Nacht vom 30.06. auf 1. Juli 1934 schlug er zu. Eine Gruppe aus „Sonderbeauftragten“ von SS und Polizei ermordete nach vorgefertigten Listen zwischen 150 bis 200 Personen, unter ihnen Gregor Strasser und General a.D. von Schleicher sowie 50 höhere SA-Führer. Der verhaftete Ernst Röhm wurde auf Befehl Hitlers am 1. Juli 1934 im Gefängnis Stadelheim erschossen.

Auch wenn per Reichsgesetz vom 3. 7. 1934 die Mordaktion als „Staatsnotwehr“ für rechtens erklärte wurde, zielt sie in der Hauptsache darauf ab, sich der innerpolitischen Gegner zu entledigen. Noch in derselben Ausgabe der Kocherzeitung, in der die Ernennung von Obergruppenführer Lutze zum neuen Stabchef der SA bekannt gegeben wurde, beteuerte die Gaupressestelle Württemberg der NSDAP, dass Württemberg „geschlossen zum Führer“ stehe. Zwar könne man nicht in Abrede stellen, dass „auch

hier in den letzten Monaten hin und wieder Redensarten durchgesickert [waren], die von einer zweiten Revolution faselten", diesen sei jedoch keine Bedeutung zuzumessen. Vielmehr würde die Württembergische SA für ihren Führer marschieren und den Kopf jedes Rebellen fordern. „Mitleid mit Verrätern kennt sie nicht, und wenn ihr all dass, was getan werden muss, auch bitter schwer wird, sie ist sich einig mit PO und SS, die ihr schweres Werk tun müssen: Über allem Hitler, denn er ist Deutschland.“

Aalener Augenzeugen

Wie die Nachricht von der Beseitigung der angeblichen Rebellen in den Reihen der Aalener SA-Reservemänner aufgenommen wurde, ist dem Tagebucheintrag der SAR I vom 30.06. zu entnehmen: „Am Tag des Brigadeaufmarsches besetzte (30.6.) abends SS sämtliche öffentliche Gebäude und es verlautbarde, dass der Stabchef Röhm durch den Führer Adolf Hitler abgesetzt worden sei. Trotzdem fährt am Montag früh, den 1.7.34 der Stuba III/R 121 mit Extrazug nach Cannstatt, wo auf dem Wasen vormittags Appell und mittags Vorbeimarsch der ganzen Brigade 55 stattfand. Standartenführer Bach sah somit das erste mal seine Standarte beieinander. Stuba III/R 121 war in Stärke von [nicht gezählt] Mann am stärksten vertreten und ist nachher für den guten Vorbeimarsch an Obergruppenführer von Jagow und Gruppenführer Ludin lobend erwähnt worden. Brigadeführer Berchtholt war am Sonntag morgen nach Crailsheim gefahren. Wir sahen ihn vorbeifahren, als wir vor dem Bahnhof Aalen angetreten waren, er war

Schlagzeile der Kocher- und Nationalzeitung am 1. 7. 1934.

Hitler, der Führer, packt zu

Das Komplott um Stabchef Röhm ausgerottet / Röhm abgesetzt und verhaftet / Sieben höhere SA-Führer standrechtlich erschossen / General a. D. Schleicher bei seiner Verhaftung erschossen
Das ganze deutsche Volk steht geschlossen hinter seinem mutigen Führer

Das aufgedeckte Komplott

München, 30. Juni. (DAW)

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit:

Seit vielen Monaten wurde von einzelnen Elementen verschleiern, zwischen SA und Partei sowohl wie zwischen SA und Staat Freie zu bestehen und Magazinäre zu ergreifen. Der Machthabende hat diese Meinung einen Fehler.

Die Rebellen sind gerichtet

München, 30. Juni. (DAW)

Die Reichspressestelle der NSDAP. gibt bekannt: Im Zusammenhang mit dem aufgedeckten Komplott wurden nachdrücklich SA-Führer erschossen:

General a. D. Schleicher erschossen

Berlin, 30. Juni. (DAW)

An den letzten Wochen wurde festgestellt,

Der neue
Stabschef
Lutze



„Sportkampf“ der SA-Standarte 247 auf dem „Schlageterplatz“ im Rohrwang (heute SSV Platz)
am 26. 8. 1934.
17 Mannschaften mit 12
Mann traten im Fünfkampf
gegeneinander an.
18 Mannschaften beteiligten sich am 25-Kilometer-
Gepäckmarsch oder
12 Kilometer Orientierungslauf.



also nicht beim Aufmarsch zugegen. Im Laufe des Sonntag wurde bekannt, dass verschiedene SA-Führer standrechtlich erschossen worden seien, außerdem der frühere Reichskanzler Schleicher mit Frau und zwar in Wiessee bei Garmisch-Partenkirchen.

Der Grund war Landesverrat und der Umstand, dass die Verräter die SA gegen unsern Führer Adolf Hitler missbrauchen wollten. Vormittags wurden die noch nicht geweihten 72 Sturmfaßnen auf dem Wasen durch Obergruppenführer von Jagow geweiht, was einen sehr feierlichen Eindruck machte. Gruppenführer Ludin traf 10.30 Uhr mit Flugzeug von München kommend auf dem Cannstatter Wasen ein und berichtete über die Maßnahme des Führers gegen die Verschwörer Röhm, Heines und Genossen. Um 5 Uhr abends war der Aufmarsch beendet und um 7 Uhr fuhr der Sturmbann III/R 121 von Cannstatt ab.“

Demonstration der Geschlossenheit

Bei der Rückkehr in die Kocherstadt wurde die SA-Standarte 247 bereits am Bahnhof erwartet. Umringt von einer größeren Menschenansammlung begrüßten die Amtswalter der Parteiorganisation (PO) zusammen mit Kreisleiter Kling sowie HJ-Bannführer K.J. Müller Obersturmbannführer Schmid und seinen Adjutanten Obersturmführer Wintergerst, um damit „ihren festen Willen zur gemeinsamen Weiterarbeit zu demonstrieren“.⁵⁹

Nach dem Empfang formierten sich die Stürme zu einem „Huldigungsmarsch für den Führer Adolf Hitler“ durch die Stadt zum Löwenkeller. An seiner Spitze marschierte neben dem Kreisleiter, dem Führer der SA-Standarte und dem Führer des HJ-Banns erstmals auch SS-Führer Kalkofen. Laut Kocherzeitung repräsentierte das Quartett die „Schicksalgemeinschaft der nationalsozialistischen Organisationen“ und zeigte „auf eindrückliche Weise, dass nur äußerste Geschlossenheit in Zukunft zum Sieg“ führte. Es dauerte nur kurze Zeit, bis man feststellen konnte, zu wessen Gunsten sich die Verhältnisse tatsächlich entwickelten. Für Juli wurden die SA-Stürme in den Urlaub geschickt, d.h., es fanden keine Übungen oder Märsche statt

Neue Aufgabe: Wehrsport

Bei den vier Führer- und Referentenbesprechungen, die während desselben Zeitraums in Stuttgart, Esslingen und Aalen erfolgten, stand neben strukturellen Veränderungen der gesamten SA vor allem die Vorbereitung des großen SA-Sportfestes der Standarte 247 auf der Tagesordnung. Es soll-



*In Gegenwart des neuen
Brigadeführers Wagen-
bauer aus Stuttgart fand der
Hindernislauf im Rohr-
wang statt.*

te am 26. August 1934 in Aalen stattfinden und dokumentieren, welche Aufgabe der SA zukünftig zugeschlagen war. Ähnlich wie beim „Reichsberufswettkampf“ im Frühjahr ging es beim „Sportkampf der Standarte 247“ zunächst einmal um eine Bestandsaufnahme. Nicht die Spitzenleistung des einzelnen, sondern der Mannschaft war das Hauptziel. Ihre „Einsatzbereitschaft und Kameradschaft“ vor allem aber die „Einsatzfähigkeit zum weiteren Kampf“, sollte zugleich demonstriert und weiter trainiert werden. Mit anderen Worten: die Hauptaufgabe, die Hitler seinen „Parteisoldaten“ zugeschlagen hatte, lag im Bereich des Wehrsports. Neben der Leichtathletik, dem 5-Kampf und dem Hindernislauf bestanden die Hauptdisziplinen auf dem „Schlageterplatz“ im Rohrwang in einem Orientierungslauf (12 km) sowie einem Gepäckmarsch über 25 km.

Wenige Tage nach dem Sportfest besuchte Sozialreferent Herb aus Stuttgart die Reservestandarte 121, um wie es im Tagebuch heißt, „die Pläne zur „Verringerung der SA“ offen zu legen. Ein halbes Jahr später wurde die erst im Mai 1934 errichtete Reservestandarte Cannstatt, zu der auch die SAR Aalen zählte (Sturmbann III/R121) mit der Reservestandarte Esslingen zusammengelegt. Neben der Verkleinerung der Einheiten und ihrer neuen Aufgabe im Bereich des Wehrsports verdeutlicht vor allem die Verselbständigung der Schutzstaffel (SS), wie weit die Pläne reichten.

*Vereidigung der
SS-Anwärter des Aalener
SS-Sturms 9/81 auf dem
Burgstall im November
1936.*



Verselbständigung der SS

Der seit Ende Februar 1934 in Aalen ansässige SS-Sturm 4/III/13 wurde Anfang September 1934 aus der SA ausgegliedert und bildete fortan mit den Stürmen Ellwangen und Gmünd den SS-Sturmbann I/81 unter dem Kommando von SS-Sturmführer Fritz Kalkofen aus Aalen. Am 12. September 1934 nahmen die SS-Trupps auf dem Aalener Bahnhofsplatz die Sturmbannfahne entgegen, die zuvor von Adolf Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg „durch Berühren mit der Blutfahne des 9. November geweiht“ worden war. In Gegenwart von Obersturmführer Wintergerst, dem HJ-Gefolgschaftsführer im Bannstab 123, Hahn, und Ortsgruppenführer Barth übergab Kreisleiter Kling das Banner mit den Worten: „Eure Fahne trägt das Siegeszeichen der Bewegung, sie geht dahin, wo der Führer euch hinführt“. Anschließend folgte der erste Marsch einer eigenständigen SS-Formation durch die Aalener Innenstadt.

Aus der Sicht der Parteiorganisation war dies durchaus ein besonderer Moment. Der Machtfaktor SA war ausgeschaltet und von den „Parteisoldaten“ ging kein unkalkulierbares Risiko mehr aus. Zugleich hatte sich der NS-Staat soweit gefestigt, dass er ohne selbst ernannte „Aufpasser“ und „Garanten“ auskam. Dass dies auch auf die Aalener Verhältnisse zutraf, zeigt nicht zuletzt der Wechsel des Obersturmbannführers Fridolin Schmid in die Kreisleitung. Ab Novembeer 1934 sollte er fortan als Amtswalter für Personalangelegenheiten zuständig sein. Wie sich der Kreisleiter überhaupt die zukünftige politische Arbeit vorstellte, erfuhren die NS-Amtsträger bei der NSDAP-Abschlusskundgebung für das Jahr 1934.

*SS-Sturmführer
Fritz Kalkofen.*



Stolzer Rück- und Ausblick

Mit seiner Aufforderung, „die Erfahrungen zu verwerten für den Kampf des kommenden Jahres, das der nationalsozialistischen Bewegung zu weiterer Stärkung dienen und dem deutschen Volk zur endgültigen Freiheit verhelfen soll“, bezog sich Kreisleiter Kling auf die außen- und wirtschaftspolitischen Erfolge der Regierung.⁶⁰ Letztere waren - freilich mit den geschilderten „Nebenwirkungen“ - auch im Arbeitsamtsbezirk Aalen zu spüren. Im selben Zeitraum hatte sich hier die Partei organisatorisch wesentlich verbreitert. Die NSDAP war nunmehr auch in den kleineren Orten des Oberamtes vertreten.

So gab es in Hüttingen, Unterrombach und Unterkochen Stützpunkte. In Wasseralfingen, Ebnat oder Abtsgmünd bestanden Ortsgruppen der Partei. Die NS-Frauenschaft sowie die NS-Volkswohlfahrt waren in nahezu allen Gemeinden tätig. Dasselbe galt für HJ und BDM.

Die systematisch vorangetriebene Ausbreitung der Parteistruktur hatte zu einer ganzen Reihe von Neuzugängen geführt. Viele der „alten Kämpfer“ betrachteten dies jedoch mit einer gewissen Reserve, um nicht zu sagen mit Misstrauen. Beim Kreiskongress der NSDAP in Aalen am 16. Juni 1934 hatte Staatssekretär Waldmann dieses Problem klar umrissen. „Es darf keine Nationalsozialisten geben aus Wirtschaftsgründen, um Aufträge zu bekommen, angestellt oder befördert zu werden, solche bleiben besser von uns weg. [...] Auszuschließen sind diejenigen, die Bücklinge machen, uns innerlich ablehnen, die hinter verschlossenen Türen ihr Gift gegen die nationalsozialistische Bewegung und den Staat hervorspeien. Parteigenossen haben wir viel, aber nicht viele Nationalsozialisten. PO und SA müssen wirken als Sauerteig, dass aus Parteigenossen Nationalsozialisten werden.“⁶¹ Bevor Kling näher darauf einging, wie dies erreicht weden sollte, erinnerte er an den „inneren Aufschwung und die ungeheure Festigung, die Deutschland in der Welt“ erfahren habe.



*Aufmarsch zum ersten
Kreiskongress der NSDAP
im Bezirk Aalen unter
Führung von
Kreisschulungsleiter
Großmann, 17. 6. 1934.*



*Parteiprominenz auf dem
Bohlschulplatz:
Gaugeschäftsführer Baumert
beim Appell der Partei-
funktionäre des Bezirks
Aalen, 17. 6. 1934.*



Dies war freilich kein Hindernisgrund für die Teilnahme der Aalener NS-Funktionäre am „Parteitag der Macht“ vom 6. bis 11. 9. 1934 in Nürnberg. Fünf PO-Mitglieder hatten die „Ehre am Fackelzug mitzumarschieren. Auch Kreisleiter

Adolf Kling übernachtete im Zeltlager bei Fürth (unten rechts). Für die NS-Gliederungen in Aalen war der Besuch des Parteitagsfilms Pflicht.

UNION-THEATER
Telefon 339

Die gewaltigste Heerstheater der Deutschen
Die aufwühlendste Kundgebung des dritten Reiches
Ewig lebende Geschichte

Triumph des Willens

Reichsparteitagfilm der NSDAP
Gründung u. Regie Leni Riefenstahl

Ein Gesp von der Nationalbewegung

Freitag 6.15 Uhr
Samstag 8.15 Uhr
Sonntag 8 Uhr
Montag 8 Uhr
Dienstag 8 Uhr
Mittwoch 8 Uhr
Donnerstag 8 Uhr

Es wird gebeten die Unionssymbole einzuhalten, das mutige öffentliche Schild zu tragen.

Wiederholungen

Samstag norm. 8 Uhr, Sonntag norm. 10 Uhr, Dienstag norm. 1 Uhr, Donnerstag norm. 10.30 Uhr, 23. und 24.9.34.

Zusätzlich Abend folgende geschlossene Vorführungen statt:

Samstag norm. 8 Uhr, Sonntag norm. 10 Uhr, Dienstag norm. 1 Uhr, Donnerstag norm. 10.30 Uhr, 23. und 24.9.34.

Die Mitglieder der NSD-Organisationen erhalten von über zehntausenden Wählern Gutscheine für nachfolgende Einsichtsvorführungen. Sieger Wählern liegen Gutscheine vor, welche die eigentlichen Einsichtsvorführungen abdecken.

Ratzenknecht auf jeweils ½ Stunde vor der betreffenden Vorführung. Schren- und Streifarten aufgehoben.



„Mehr nationalsozialistische Haltung zeigen!“

Von der positiven Jahresbilanz des Kreisleiters begeistert, nahmen die NS-Amtswalter die Direktiven Klings für das kommende Jahr entgegen. „Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass auf dem Gebiet der Weltanschauung die Zukunft der Bewegung liegt“, stellte er fest. Die Bevölkerung müsse unbedingt dazu gebracht werden „in der Judenfrage mehr nationalsozialistische Haltung“ zu zeigen.

Dass gerade Fridolin Schmid zu den kompromisslosesten Vertretern dieser Anschauung in Aalen zählte, wollte wohl keiner der 270 anwesenden Amtswalter bezweifeln. Allerdings waren schon zu diesem Zeitpunkt Gerüchte über eine angeblich „nicht arische“ Abstammung des neuen Personalreferenten im Umlauf. Noch genügte es, dass Kreisleiter Kling sich mit aller Deutlichkeit für seinen neuen Mitarbeiter einsetzte, um auch die Kritik in den eigenen Reihen verstummen zu lassen. „Gegen die Versuche, einzelne führende Pg.’s durch Verleumdungen und Intrigen zu schädigen, werde ich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen. Man möge uns erlauben auf unsere alten Kämpfer stolz zu sein!“

Viele im Publikum, die Schmid mit stürmischem Beifall den Rücken stärken wollten, konnten sich wohl zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorstellen, dass im Sommer 1936 vor dem Schwurgericht in Ellwangen ein Prozess in dieser Angelegenheit anhängig sein würde. Wie Kreisschulungsleiter Grossmann zum Ausdruck brachte, war die Mehrheit der Pg.’s voller Zuversicht, dass der „durch viele Jahre hindurch bewährte nationalsozialistische Kampfgeist des neuen Personalamtsleiters der Amtswalterschaft des Kreises Aalen neue Schlagkraft einflößen würde“. Die weltanschauliche Arbeit war also in zwei Richtungen voranzutreiben. Innerhalb der Partei benötigte Kreisleiter Kling, der durch seine gleichzeitige Tätigkeit als Gauamtsleiter der NSV immer öfters abwesend war, einen „in Kampfdingen erfahrenen“ Mann wie den ehemaligen Chef der Standarte 247. Er sollte für die „ideologische Zuverlässigkeit“ der Funktionäre und Parteimitglieder sorgen. Nach Außen hin konnte die weltanschauliche

Aufforderung zum Boykott:
Die NSDAP Ortsgruppe
startete am 7. 12. 1934 ihre
Propagandaaktion gegen
die jüdischen Geschäfts-
leute in Aalen.

 Morgen Freitag abend 8.30 Uhr spricht im „Löwenkelleraal“
Pg. Kunze-Berlin, M.d.R., Reichs-Redner
über: „Der internationale Jude und das Dritte Reich“
Es ist Pflicht jedes Pg., diese Kundgebung zu besuchen.
Sämtliche Gliederungen der Partei, sowie alle Volksgenossen sind zum Besuch dieser Veranstaltung eingeladen. Heil Hitler!
R. S. D. A. P. Ortsgruppe Aalen.

Arbeit verschiedene Formen annehmen: hierzu zählte die Pflege der Volksgemeinschaft ebenso wie die gezielte Ausgrenzung jüdischer Mitbürger. Bereits zwei Wochen vor der Jahresabschlussfeier hatte die NSDAP-Ortsgruppe Aalen in den Löwenkeller zu einem Vortrag „des alten Vorkämpfers“ Richard Kunze über das „Judentum als Erbfeind Deutschlands“ eingeladen. Vor dem Weihnachtsfest sollten die Käufer überzeugt werden, ihre Geschenke ausschließlich in „arischen Geschäften“ zu kaufen. Laut Kunze war es möglich, „das Judentum ohne Blutvergießen zu erledigen, wenn wir es verstehen, die Aufklärung auch an den letzten Volksgenossen heranzutragen. Die einfachste Kampfmethode lautet: keinen Pfennig den Juden!“⁶² Es ist offenkundig, dass diese Tiraden ihre Wirkung auf die Bevölkerung in Aalen verfehlten. Enttäuscht über Ihre „Unbelehrbarkeit“ hatte die NS-Hago nur drei Tage von dem Jahresabschluss beklagt, dass „die jüdischen Geschäfte in Aalen am Samstag und Sonntag große Geschäfte“ gemacht hätten. „Wir wollen dies hier ruhig feststellen: es ist in der Hauptsache die Landbevölkerung, dann aber auch ein Teil der Beamenschaft, die im Warenhaus und bei den Juden einkaufen!“

Waren die Menschen in Aalen und Umgebung während des ganzen Jahres 1934 bereits der Propaganda und Agitation in Form von Ansprachen, Aufrufen und Mahnungen ausgesetzt gewesen, so sollte sich nunmehr der Druck erhöhen. Nicht nur dass die jüdischen Mitbürger schamlos diskriminiert wurden, auch diejenigen, die sich davon nicht beeindrucken lassen wollten, fanden sich verbal an den Pranger gestellt. Dass auch dahinter ein durchaus kalkuliertes und gezieltes Handeln steckte, gab Kreisleiter Kling zu erkennen, wenn er feststellte, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt unter keinen Umständen zu anderen Mitteln gegriffen und „der Welt Anlass dazu gegeben [werden durfte], an der Aufbauarbeit in Deutschland und an der inneren Festigung zu zweifeln. Das Ansehen unseres Reiches verlangt, dass wir mit gewissen Säuberungsaktionen warten, bis die endgültige Stabilität in der außenpolitischen Lage eingetreten ist.“⁶³

Statt dessen sollte bereits das Weihnachtsfest 1934 genutzt werden, um die Bevölkerung auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten einzustimmen. NS-Ortsgruppenleitung und Stadtverwaltung planten, am Abend des 23. Dezember 1934 unter dem großen Lichterbaum auf dem Adolf-Hitler-Platz das „erste Weihnachtsfest, das eine Regierung seinem Volk schenkt“, in Szene zu setzen. Es sollte nicht nur durch „Innerlichkeit und Glanz“ die Menschen ansprechen, sondern vielmehr das „Führerwort von der Volksgemeinschaft“ versinnbildlichen. Wie bereits gezeigt, zählte auch zu den Grundüberzeugungen der Aalener Nationalsozialisten, dass die jüdischen Mitbürger hiervon ausgeschlossen waren. Die Veranstaltung war also keineswegs, was sie zu sein vorgab: Ein „Volksweihnachten für alle“.



Der große Lichterbaum für die zentrale Weihnachtsfeier der NSDAP Ortsgruppe Aalen stand auf dem Adolf-Hitler-Platz vor dem Bahnhof.

Volksgenossen, bekenn Euch zur deutschen Jugend!

Am Samstag den 22. Julmond (Dezember) abends 1/2 8 Uhr veranstaltet die Hitler-Jugend im Löwenkellersaal einen großen

öffentlichen Abend.

Hierzu werden die ganze Einwohnerschaft Aalens, ganz besonders aber die PD., SA., SS., NS.-Frauenschaft und BdM. eingeladen. Programme (20 Pfennig) berechtigen zum Eintritt. Der Führer des Unterbanns II 123: Beder.



*Einladung zum Abend der
Hitlerjugend.*

Stabilität für die Kommunalverwaltung

Es dauerte nicht lange, bis klar wurde, dass die Kreisleitung auch im Aalener Rathaus „stabile „Verhältnisse“ wünschte. Seit Februar 1934 amtierte der Aalener Ortsgruppenleiter Karl Barth als Stellvertreter des Bürgermeisters, was zu einem erheblichen Entscheidungsstau in Gemeindeangelegenheiten geführt hatte. Der Ruf nach einem „Verwaltungsfachmann“ wurde immer lauter. Bereits im September hatte die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung die Akten von 13 Bewerbern auf die Bürgermeisterstelle übersandt. Erst am 20. November konnte sich jedoch die Fraktion der NSDAP auf den Kandidaten Wilhelm Auwärter, Bürgermeister in Friedrichshall, Oberamt Neckarsulm, einigen. Man war der Meinung, dass „bei ihm Gewähr dafür geboten ist, dass er die Stelle des Stadtvorstands von Anfang an als Leitender und Vorgesetzter versehen kann“.

Dieser Ansicht wollte sich die Kreisleitung, die ein erhebliches Mitspracherecht bei der Stellenbesetzung hatte, allerdings nicht anschließen. Sie präsentierte mit dem jungen Verwaltungsjuristen Dr. Karl Schübel am 19. Januar 1935 ihren eigenen Kandidaten im Gremium. Kurz vor der zweiten Dienstprüfung für den höheren Justizdienst war er vom Württembergischen Innenministerium aufgefordert worden, seine Bewerbung einzureichen. Alles deutete darauf hin, dass „Papa Kling“ wieder einmal die Weichen für die Zukunft Aalens gestellt hatte.

R. Schurig

Anmerkungen

- * Fortsetzung des Beitrags zum selben Thema im Aalener Jahrbuch 2002 – 2004, S. 176 - 185
- ¹ vgl. StaA Gemeinderatsprotokoll 1934. S. 282.
- ² vgl. Kocherzeitung v. 2. Februar 1934.
- ³ vgl. ebda. v. 15. März 1934.
- ⁴ vgl. ebda. v. 10. März 1934.
- ⁵ vgl. ebda. v. 23. Januar 1934.
Nach Angaben der DAF wurden im Dezember 1933 2400 Neuaufnahmen verzeichnet, sodass die in der DAF und in den Berufsverbänden organisierten Personen mit „beinahe 8000 Personen“ angegeben wurde. Nicht inbegriffen die Mitglieder der HNS-Hago, die im Dezember angeblich mehr als 900 Aufnahmen tätigen konnte. „Wir können stolz erklären, dass damit heute beinahe zwei Drittel der Bevölkerung unseres Kreises in der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossen sind.“
- ⁶ vgl. ebda. v. 2. März u. 5. März 1934.
- ⁷ vgl. ebda. 28. März 1934.
- ⁸ vgl. Aalener Volkszeitung v. 26. Mai 1934.
- ⁹ vgl. Kocherzeitung v. 13. September 1933.
- ¹⁰ vgl. ebda. v. 1. Dezember 1933: „Den Zuschlag erhielt für Los 1 und 2 die Fa. C. Baresel, Stuttgart, Los 1 beginnt etwa beim Wehr der Scherrenmühle, Los 2 endet etwa beim Steg Seitsberger Weg, Los 3 zugeteilt der Fa. Süddt. Held u. Franke-AG, Stuttgart, bis zur Ortsbrücke Hüttlingen, Los 4 zugeteilt der Fa. Koch u. Maier, Heilbronn, von Kocherbrücke bis Anschluss bei der Heimatsmühle.“
- ¹¹ vgl. Aalener Volkszeitung v. 3. Juli 1934.
- ¹² vgl. Nationalzeitung v. 26. Januar 1935.
- ¹³ vgl. Kocherzeitung v. 28. November 1934.
- ¹⁴ vgl. ebda. v. 30. November 1934.
- ¹⁵ vgl. (wie Anm. 10).
- ¹⁶ vgl. ebda. v. 27. Oktober 1933.
- ¹⁷ vgl. ebda.; zur positiven Grundhaltung aus Wasserauffinger Sicht vgl. Kocherzeitung v. 17. Mai 1933: „Vom Standpunkt des Naturfreundes dies [das Verschwinden der Kocherbögen] zu bedauern! Allein diese landschaftliche Schönheit muss eben zugunsten des allgemeinen Nützlichkeitssandpunktes zum Opfer gebracht werden.“
- ¹⁸ vgl. ebda. v. 1. Dezember 1933.
- ¹⁹ vgl. ebda. v. 22. Juni 1934.
- ²⁰ vgl. ebda. v. 25. April 1934.
- ²¹ vgl. ebda. v. 25. April 1934.
- ²² vgl. zu beiden Einrichtung ebda. v. 28. September 1933. u. 19. Juni 1933.
- ²³ vgl. ebda. v. 22. Juni 1933.
- ²⁴ vgl. ebda. (wie Anm. 23).
- ²⁵ vgl. ebda. v. 3. April 1934.
- ²⁶ vgl. ebda. 2. November 1934.
- ²⁷ vgl. ebda. 19. Januar 1934.
- ²⁸ Vgl. ebda. v. 18. und 29. Januar 1935.
- ²⁹ vgl. ebda. v. 29. August 1933.
- ³⁰ vgl. ebda. v. 8. März 1934.
- ³¹ Vgl. 9. Januar 1935.
- ³² vgl. ebda. (wie Anm. 31).
- ³³ vgl. ebda. v. 24. Mai 1935.
- ³⁴ vgl. ebda. v. 19. Juni 1934, hieraus auch die weiteren Angaben.
- ³⁵ vgl. Willi A. Boelcke, Wirtschaft und Sozialsituationen. In: Das Dritte Reich in Baden und Württemberg, hrsg. v. Otto Borst. Stuttgart 1988, S. 33.
- ³⁶ Vgl. Kocherzeitung v. 12. August 1933.
- ³⁷ vgl. Parole Hitler. Grundlagen und Entwicklung des Nationalsozialismus in Aalen 1923-1934. In: Aalener Jahrbuch 2004/06, Aalen 2005, S. 127f.
- ³⁸ vgl. Kocherzeitung v. 28. November 1934. Nach dem Ergebnis der landwirtschaftlichen Betriebszählung gab es im Kreis Aalen 2125 land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Die Zahl der Höfe im Bereich von 5 ha bis unter 20 ha belief sich auf 1014, von 20 ha bis unter 50 ha auf 136, von 50 ha bis unter 100 ha auf 17 und von 100 ha und darüber auf 12.
- ³⁹ vgl. ebda. v. 25. Oktober 1934. „Für den geschlossenen Ort Wasseraufingen wird Herr Nüding die Milchversorgung übernehmen. Mit seinem Milchwagen wir er zur festgesetzten Stunde in den einzelnen Straßen erscheinen, um Milch und Butter nach Bedarf abzugeben und zwar nur morgens bis 11 Uhr. Wer abends noch Bedarf an Milch hat, muss sich an die Sammelstelle bei Molkereiverwalter Baumann wenden.“ Laut Kocherzeitung v. 31. Oktober 1934 stand die Milchsammelstelle Aalen unter der Leitung v. Georg Mann, Lauchhof).
- ⁴⁰ vgl. Aalener Volkszeitung v. 18.01.1935.
- ⁴¹ vgl. Kocherzeitung

- v. 5. Dezember 1934.
- ⁴² vgl. Sta AA. Gemeinderatsprotokoll v. 22. Februar 1934.
- ⁴³ Für die im BDM (Bund Deutscher Mädel) organisierte weibliche Jugend (14 bis 18 Jahre) sowie die Jungmädchen (10 bis 14 Jahre) und dem Jungvolk in der HJ (10 bis 14 Jahre) liegen bislang keine genauen Vergleichszahlen vor.
- ⁴⁴ vgl. Kocherzeitung v. 18. Januar 1934. Die Oberämter Geislingen, Göppingen und Schorndorf bildeten den Jungbann III/123.
- ⁴⁵ Vgl. ebda. v. 10. Mai 1933.
- ⁴⁶ vgl. ebda. v. 20. Februar 1934.
- ⁴⁷ vgl. Landeskirchliches Archiv Stuttgart: A 126 Nr. 71, Kriegschronik der evangelischen Kirchengemeinde Aalen, Teil I: 1933 bis 1939.
- ⁴⁸ vgl. Kocherzeitung v. 25. u. 26. Juni, 26. Juli 1934.
- ⁴⁹ Vgl. ebda. v. 24. Oktober 1934.
- ⁵⁰ vgl. ebda. 25. Oktober 1934.
- ⁵¹ vgl. ebda. v. 23. Oktober 1934 zum Erlass des Reichsbildungsministers und Sta Aalen, Bestand Wasseralfingen, Gemeinderatsprotokoll v. 31. Oktober 1934, S. 56.
- ⁵² vgl. Kocherzeitung v. 19. November und 10. Dezember 1934, StA Aalen, Bestand Unterkochen, FL 9950.
- ⁵³ vgl. Wolfgang Petter, SA und SS als Instrumente nationalsozialistischer Herrschaft. In: Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hrsg. v. K.D. Bracher, M. Funke, H.A. Jacobsen. Düsseldorf 1992, S. 82.
- ⁵⁴ vgl. Kocherzeitung v. 10. Januar 1934.
- ⁵⁵ vgl. ebda. v. 18. Juni 1934.
- ⁵⁶ vgl. ebda. v. 7. Mai 1934.
- ⁵⁷ vgl. ebda. v. 7. März 1934.
- ⁵⁸ vgl. ebda. v. 27. Juni 1934.
- ⁵⁹ vgl. ebda. v. 2. Juli 1934.
- ⁶⁰ vgl. ebda. v. 17. Dezember 1934.
- ⁶¹ vgl. ebda. v. 18. Juni 1934.
- ⁶² vgl. ebda. v. 8. 12. 1934.
- ⁶³ vgl. ebda. (wie Anm. 53).